Jetzt unterschreiben: Seite 3

Eine Europäische Bürgerinitiative kämpft für Ehe und Familie

Amoris laetitia: Seite 5

Wie Kardinal Kurt Koch das Papstschreiben einschätzt

Anzeige

LIGA Bank - Dienstleister für die Kirche

Wir sind immer für Sie da.
Ihre Werte sind auch unsere Werte.

Sprechen Sie mit uns.

Nähere Infos unter:
www.ligabank.de

LIGA BANK
Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -

Die Tagespost

Donnerstag,
14. April 2016
www.die-tagespost.de
Preis 1,65 Euro

Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

Verlagsort: Würzburg, Nummer 44, 69. Jahrgang, B 2310

KOMMENTAR

Ramelow hat's kapiert

VON OLIVER MAKSAN

Man kann von Bodo Ramelow, seinen politischen Zielen und vor allem seiner SED-Nachfolgepartei Die Linke halten, was man mag: Doch der Ministerpräsident von Thüringen hat jetzt bewiesen, dass er vom deutschen Grundgesetz Grundlegendes verstanden hat. Ramelow hat jetzt eine geplante Antifa-Demonstration gegen den AfD-Landeschef Björn Höcke mit „Nazi-Methoden“ und „NSDAP-Methoden“ verglichen. Die Ankündigung linker Gruppen, vor Höckes Privathaus zu demonstrieren, kommentierte er so: „Das gehört sich nicht! Vor Privathäusern von Politikern zu demonstrieren geht gar nicht. Egal von wem und gegen wen!“ Der Zweck heilige nicht die Mittel. Von Höcke wiederum, den im Zwielicht von Rassentheorien irrlichternden Rechtsaußen seiner Partei, mag man ebenfalls halten, was man mag. Aber selbst falsche, bösartige oder nur einfach dumme Äußerungen rechtfertigen nicht jedes Mittel der Auseinandersetzung. Schon Franz Josef Strauß hat die verbal und oft genug physisch maßlosen Angriffe radikaler Linker in den Methoden mit den Nazis verglichen. Zwischen Ramelow und Strauß ist nun viel politischer Platz. Aber die Pointe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist ja gerade, sich in den Mitteln politischer Debatte so verständigt zu haben, dass sich dieser Raum auftut.

Das sieht die Antifa anders. Sie fühlt sich moralisch ermächtigt, Andersdenkende einzuschüchtern – wir wissen, wo Du wohnst – oder physisch anzugreifen. Das Problem ist, dass man sie gewähren lässt. Es gab in diesem Land einmal einen anti-extremistischen Grundkonsens gegen links wie rechts. Dieser wurde – die DDR lässt grüßen – nach 1990 zunehmend zu einem „anti-faschistischen“ umgebaut. Mit der Folge, dass Staat und Politik gegen die Umtriebe der Antifa zunehmend blind sind. Kampf gegen Extremismus ist eine politische, juristische und auch zivilgesellschaftliche Aufgabe. Sie hüpft aber auf einem Bein, wenn man sich der Gefahr von links nicht mehr bewusst ist. Dann droht Weimar unter anderen Vorzeichen.

Gewalt gegen Christen im Blick

In Kirche und Union wird der Handlungsbedarf gesehen, nicht-muslimische Flüchtlinge in Deutschland besser zu schützen **VON OLIVER MAKSAN**

Berlins Erzbischof Koch trifft Flüchtlinge. Nicht immer läuft die Begegnung von Moslems und Christen in den Unterkünften so herzlich ab. Foto: KNA

Berlin (DT) In der Frage, wie man nicht-muslimische Flüchtlinge vor Übergriffen durch Muslime besser schützen könne, zeichnet sich in Kirchen- und Unionskreisen ein Konsens gegen eine grundsätzlich getrennte Unterbringung ab. Handlungsbedarf wird aber gesehen. Berlins katholischer Erzbischof Heiner Koch hatte sich am Montag bei einer Informationsveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits gegen eine prinzipielle Trennung ausgesprochen. Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bambergs Erzbischof Ludwig Schick, sagte dieser Zeitung am Mittwoch, dass es auf die Frage, ob christliche Asylbewerber getrennt oder gemeinsam mit anderen Flüchtlingen untergebracht werden sollen, keine allgemein gültige Antwort gebe. Einige Prinzipien müssten aber uneingeschränkt eingehalten werden. „Jeder Flüchtling und Asylbewerber, der einen christlichen Flüchtling und Asylbewerber bedrängt, verfolgt, beleidigt und ihn in seiner Religionsfreiheit einschränkt, muss mit unserem deutschen Rechtsstaat und seinen Gesetzen mit allen Konsequenzen konfrontiert werden. Das ist die Bundesrepublik den Flüchtlingen, aber auch sich selber schuldig“, so Schick. Mitarbeiter in der Flüchtlingsarbeit müssten zudem so geschult werden, dass sie Verfolgung und Unterdrückung wahrnehmen könnten.

Der Erzbischof betonte weiter, dass den christlichen Flüchtlingen die Freiheit und das Recht eingeräumt werden müsse, mit Mitchristen zusammenzuwohnen, um ihr christliches Leben vollumfänglich und ungehindert gestalten zu können. „Das ist eine Frage der Menschenrechte. Die Religionsfreiheit umfasst das Recht, den Glauben ungestört zu praktizieren und Gottesdienste zu feiern. Das ist nur in Gemeinschaft möglich, die den Christen ermöglicht werden muss! Dabei werden sicher auch Unterkünfte entstehen, in denen mehrheitlich oder nur Christen wohnen. Das ist natürlich“, so Schick.

Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Naher Osten und Mittlerer Osten der DBK, Rottenburg-Stuttgarts Weihbischof Thomas Maria Renz. Dieser Zeitung sagte er am Mittwoch: „Eine generelle Trennung von christlichen und muslimischen Flüchtlingen in den Unterkünften halte ich weder für notwendig noch für angemessen, plädiere aber für eine stärkere Berücksichtigung der Einzelsituation sowie für eine bessere Überprüfung von potenziell gefährdeten Unterkünften.“ Bereits bei ersten Anzeichen von Gewalt, also schon bei Mobbing, Diskriminierung und Einschüchterung aufgrund einer religiösen Überzeugung, müsse die Strafverfolgung schneller einsetzen. „Ein rasches und entschiedenes Vorgehen gegen Täter wäre auch deshalb dringend geboten, weil wir unter allen Umständen vermeiden müssen, dass Christen, die in ihren Herkunftsländern aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung verfolgt worden sind, bei uns ein zweites Mal traumatisiert werden“, so Renz.

Handlungsbedarf sieht auch Erika Steinbach, menschenrechtspolitische Sprecherin der Unions-Fraktion im Bundestag. Dieser Zeitung sagte sie am Mittwoch, dass eine generelle Trennung der Flüchtlinge aus menschenrechtlicher Perspektive nicht zu befürworten sei. „Gleichzeitig dürfen wir bei entstehenden Konflikten Menschen in Not aber nicht alleine lassen“, so Frau Steinbach. Es zeichne sich ein breiter Konsens für die Einrichtung von Schutzhäusern für die temporäre Unterbringung bedrängter Flüchtlinge ab. „Durch die aktuell sinkenden Flüchtlingszahlen nach der Abriegelung der Balkanroute haben die Kommunen nun Spielräume, Flüchtlinge nach und nach in kleineren Einrichtungen dezentraler unterzubringen und die Menschen während ihrer Asylverfahren intensiver zu betreuen. Außerdem könnten bei den Sicherheitskräften gemischt zusammengesetzte Teams aus Männer und Frauen, Christen und Muslimen, Arabern und Europäern dazu beitragen, Spannungen zu vermeiden.“ In den letzten Monaten, so Frau Steinbach, seien zudem Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Taten zu verhindern und Opfer zu schützen. „Ein von der Bundesregierung am 23. März 2016 beschlossener Gesetzentwurf zur Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften soll die Auswahl und Qualität der Sicherheitsunternehmen verbessern. Außerdem sollen die Bundesländer künftig die Vorfälle so erfassen, dass entsprechende Straftaten jederzeit gesondert beziffert werden können. Darüber hinaus prüft die Bundesregierung auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Schaffung einer zentralen Kontaktstelle für die Länder zwecks Konfliktlösung und Schutz der Betroffenen.“

Ute Granold, Sprecherin des Arbeitskreises Verfolgte Christen der CDU Deutschland, sprach sich im Gespräch mit der „Tagespost“ auch gegen eine grundsätzliche Trennung aus, befürwortete aber Einzelfalllösungen. „Aus meiner Erfahrung als Bürgermeisterin weiß ich, dass das Zusammenleben oft schwierig ist. Allein bei der gemeinsamen Benutzung der Küche kommt es nicht selten zu Schwierigkeiten. Muslime fragen sich, ob eine von Christen benutzte Küche noch den islamischen Reinheitsvorschriften entspricht. Auch die Frage, ob ein Kreuz an der Wand hängen kann, sorgt für Probleme“, so die frühere Bundestagsabgeordnete. „Schwierigkeiten gibt es auch mit dem Sicherheitspersonal in den Einrichtungen. Das sind oft Moslems, die einseitig gegen die Christen Partei ergreifen, wenn es zu Konflikten kommt. Ich habe auch schon bei Übersetzern erlebt, dass sie falsch oder zum Nachteil der Christen oder Jesiden übersetzen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden durch vertrauenswürdige Personen.“ Frau Granold sieht zudem Muslime in Deutschland generell in der Pflicht. „Grundsätzlich sollten sich auch die Muslime in Deutschland mehr dafür einsetzen, damit sich andere Muslime besser in die deutsche Gesellschaft und Werteordnung integrieren können.“

Weiter auf Seite 2

„Notstandsverordnung ohne Notstand“

Neue Ausschreitungen bei Idomeni – Wien verschärft Asylrecht – Rom und Brüssel üben Kritik am Ausbau der Brennergrenze

Athen/Wien (DT/dpa/sb) Vor dem mazedonischen Grenzzaun bei Idomeni ist es am Mittwoch erneut zu Ausschreitungen gekommen. Einige Dutzend Migranten versuchten auf griechischer Seite, den Zaun zu überwinden. Daraufhin schleuderten mazedonische Polizisten Tränengasgranaten über dem Zaun. Vergangenen Samstag war es an der gleichen Stelle zu umfangreichen Ausschreitungen gekommen, als Migranten einen Teil des Zauns zerstörten. Damals wurden mehr als 300 Menschen verletzt.

Gleichzeitig verlassen immer mehr Flüchtlinge die Migrantenlager von Idomeni und im Hafen von Piräus. Allein am Dienstag seien mehr als 1000 Flüchtlinge aus Piräus weggegangen, berichtete das Staatsfernsehen am Mittwoch. Im Lager befänden sich noch 3800 Menschen. „Piräus wird langsam evakuiert ohne Gewalt“, sagte ein Sprecher des Stabs für die Flüchtlingskrise. Am Vorabend hatten 500 Migranten auch das Lager von Idomeni verlassen.

Die Zahl der Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland kommen, bleibt im Vergleich zu den vergangenen Monaten niedrig: Innerhalb von 24 Stunden hätten nur 101 Migranten vom türkischen Festland auf griechische Ägäis-Inseln übergesetzt, teilte Athen am Mittwoch mit. Zum Vergleich: Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) waren im Vormonat im Durchschnitt knapp 900 Migranten täglich auf den Inseln angekommen.

Auch Südtirols Bischof gegen neue Brenner-Befestigung

Gegen einen neuen Flüchtlingsstrom rüstet sich derzeit Österreich mit einer Verschärfung des Asylrechts, der Befestigung der Grenze zwischen Österreich und Italien am Brenner und der Aufstockung des Verteidigungshaushalts. Im Asylrecht soll der Familiennachzug erschwert und Asyl nur mehr auf drei Jahre befristet gewährt werden. Künftig sollen Asylanträge direkt an der Grenze gestellt werden, damit die Mehrzahl der Flüchtlinge dort abgewiesen werden kann. Die Regierung in Wien argumentiert mit einem drohenden Notstand und der Gefährdung der inneren Sicherheit. Hilfsorganisationen wie Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz warnen vor einer „faktischen Abschaffung des Asylrechts“. Nach Ansicht von Caritas-Präsident Michael Landau verstößt die Neufassung des Asylrechts nicht nur gegen EU-Recht und das Genfer Abkommen, sondern auch gegen Österreichs Verfassung. Faire und effiziente Asylverfahren würden unmöglich gemacht. Von einer „Notstandsverordnung ohne Notstand“ sprachen Vertreter der Ordensgemeinschaften am Mittwoch.

Die am Dienstag begonnenen Bauarbeiten für ein „Grenzmanagement“ am Brenner stoßen auf massive Kritik in Rom. Italiens Regierung forderte die EU-Kommission brieflich auf, zu prüfen, ob die Maßnahmen Österreichs mit dem Schengen-Abkommen in Einklang stehen. Wien habe bisher keine Zahlen vorgelegt, die einen Zuwachs der Migrantenströme von Italien nach Österreich belegen, heißt es in dem Schreiben aus Rom. Die EU-Kommission äußerte sich „tief besorgt“ über Österreichs Pläne an der Brennergrenze. Kritik kommt auch vom Südtiroler Bischof Ivo Muser, der sich gegen neue Zäune und das „Einigeln“ von Staaten aussprach: „Grenzzäune, nationalstaatliche Interessen, die Unterscheidung zwischen uns und den anderen, zwischen Einheimischen und Fremden, schüren Ängste und bauen Barrieren in unseren Köpfen und Herzen auf.“

Angesichts der Herausforderungen der Grenzsicherung und Terrorbekämpfung sowie neuer Bedrohungsszenarien stockt Österreich sein Budget für das Militär auf. Bis 2020 soll zwischen einer und 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in Personal und Ausrüstung investiert werden.

Anzeige

Glaube verbindet

LIGA Bank – Dienstleister für die Kirche

Ihr kompetenter Partner bei Finanzierungsfragen, Vermögensanlagen, Versicherungen, Altersvorsorge und Online Banking.

Wir sind immer für Sie da.
Ihre Werte sind auch unsere Werte.

Sprechen Sie mit uns.

LIGA Bank eG • www.ligabank.de

LIGA BANK
Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -

LEITARTIKEL

Auch Muslimen Christus zeigen

VON STEPHAN BAIER

Mutter Teresa, die am 4. September in Rom heiliggesprochen wird, erzählte einst einem Bischof in Kalkutta, sie habe selbst zehntausenden Sterbenden „tickets to heaven“, Fahrkarten für den Himmel, gegeben. Auf die entsetzte Rückfrage des Bischofs, ob sie den Hindus und Muslimen vor der Taufe einen richtigen Katechismus-Unterricht erteilt habe, antwortete sie, sie habe jeden Einzelnen gefragt, ob er zu dem Gott gehen wolle, der ihm ihre Schwestern geschickt hat. Nicht einer habe nein gesagt! Zweierlei lässt sich daraus lernen: Die Sorge des Christen um seine Mitmenschen betrifft nie nur diese Welt und dieses Leben, sondern stets auch seine Berufung zum ewigen Heil. Christsein ist missionarisch – oder es ist kein Christsein. Zweitens: Der Glaube kommt vom Hören, aber nicht vom Hören dogmatischer Vorlesungen. Die Begegnung mit Christus, vermittelt meist durch lebendige Zeugen seiner Frohbotschaft, bereitet – mit Gottes ungeschuldeter Gnade – der Bekehrung den Weg. Mutter Teresa wurde zur modernen Missionarin, weil sie in nichtchristlicher Umgebung die „Werke der Barmherzigkeit“ radikal lebte und so die Liebe Gottes spürbar machte.

Die durch Begegnung vermittelte Erkenntnis, dass Gott die Liebe ist (1 Joh 4,8) leuchtet offenbar auch vielen Muslimen auf, die als Flüchtlinge zu uns kommen. Jedenfalls steigt die Zahl der Taufbewerber aus dem Islam. Anders als bei Mutter Teresas Nottaufen Sterbender ist hier allerdings ein gründliches Katechumenat unerlässlich. Die Kirche darf sich von Herzen über jeden freuen, der nach der Taufe verlangt, aber sie muss auch dafür Sorge tragen, dass jeder erwachsene Taufbewerber weiß, was er da begehrt: Da bedarf es der systematischen Vermittlung von Glaubenswissen ebenso wie der Einführung in das Gebet und in eine christliche Lebensgestaltung. Kirchliche Integration ist weit mehr als sonntägliche Teilnahme am pfarrlichen Gemeindeleben. Doch wenn sie gelingt, können Neubekehrte viel zur Erneuerung der Kirche unserer Breiten beitragen. Alles spricht darum für eine tiefe Sakramentenvorbereitung und gegen vorschnelle Massentaufen.

Wo die Kirchen ihrer religiösen Pflicht zur gründlichen Hinführung auf die Taufe nachkommen, brauchen staatliche Behörden sich auch nicht zu Glaubenswächtern aufspielen, die darüber zu Gericht sitzen wollen, ob ein Flüchtling tatsächlich aus Gewissensgründen Christ wurde oder sich mit der Taufe bloß einen zusätzlichen Asylgrund organisierte. Richter und Beamte haben dafür keine fachliche Kompetenz. Der Staat darf den anerkannten Religionsgemeinschaften in dieser Frage vertrauen, statt selbst hinter die Kulissen der Sakramentenspendung blicken zu wollen. Die Sorge, jemand erschleiche sich zusätzliche Asylgründe, kann die Kirche der Politik abnehmen. Die Aufgabe, Taufbewerber und Konvertiten aus dem Islam vor den mit einem Glaubenswechsel verbundenen Risiken zu schützen, dagegen nicht: Es ist die Pflicht des Staates, die Religions- und Gewissensfreiheit nicht nur zu proklamieren, sondern sie als individuelles Menschenrecht zu gewährleisten. Es ist darüber hinaus im Interesse des Staates im Sinn der gesellschaftlichen Integration, alle Neuankömmlinge ungeachtet ihres Glaubens mit den Werten dieser Gesellschaft vertraut zu machen – und dazu gehört unverzichtbar die Religions- und Gewissensfreiheit.

Berlin will bis 2020 Schuldenstand senken

Berlin (DT/dpa) Deutschland will dank der stabilen Konjunktur und extrem niedriger Zinsen seinen Schuldenstand bereits bis 2020 wieder unter die zulässige Obergrenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung drücken. Das sieht das am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossene Stabilitätsprogramm vor, das nun der EU-Kommission zugeschickt wird. Damit würde Deutschland neben der bereits länger eingehaltenen Defizitgrenze auch diese Vorgabe des EU-Vertrags von Maastricht erstmals seit Jahren erfüllen.

Entwicklungshilfe steigt mit Flüchtlingsausgaben

Paris (DT/dpa) Die reichen Länder haben im vergangenen Jahr wegen höherer Ausgaben für Flüchtlinge deutlich mehr Entwicklungshilfe bereitgestellt. Insgesamt flossen 115,5 Milliarden Euro, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Mittwoch in Paris bekannt gab. Korrigiert um Inflation und Wechselkursschwankungen entspricht dies einem Plus von 6,9 Prozent gegenüber 2014. Die Industriestaaten können gewisse Ausgaben für Flüchtlinge im Inland zur Entwicklungshilfe rechnen.

CSU-General Scheuer will ein deutsches Islamgesetz

Berlin (DT/dpa) CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer empfiehlt ein deutsches Islamgesetz, um die Verbreitung extremistischer Ideen in Moscheen zu unterbinden. Die Finanzierung von Moschee-Vereinen durch ausländische Staaten oder Stiftungen sollte seiner Ansicht nach verboten werden. „Wir müssen uns stärker und kritischer mit dem politischen Islam auseinandersetzen, denn er hintertreibt, dass sich Menschen bei uns integrieren“, sagte er der Zeitung „Die Welt“. Die Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland müsse beendet werden.

Die Ukraine bleibt fragil

An den Beziehungen zu Russland ändert der Führungswechsel in Kiew nichts **VON JURI DURKOT**

Die Tage von Ministerpräsident Arsenij Jazeniuk waren bereits nach dem gescheiterten Misstrauensvotum im Februar gezählt. Die Folgen waren der Zerfall der Koalition nach dem Austritt von drei kleineren Koalitionspartnern, ein geschwächter Premierminister, eine Regierung ohne Mehrheit im Parlament und ein Präsident, der auf bessere Zeiten wartete, um den Regierungschef zu stürzen. Dazu kam der immer stärkere Druck aus den eigenen Reihen. Denn Jazeniuks „Volksfront“, die bei den Parlamentswahlen 2014 noch hauchdünn vor dem Block Poroschenko lag, könnte sich auf gar keinen Fall Neuwahlen leisten. Die Partei liegt in allen Umfragen zwischen zwei und drei Prozent und würde nicht einmal den Wiedereinzug ins Parlament schaffen.

Dieser Einbruch ist jedoch paradoxerweise nicht die Folge von unpopulären Reformen, die harte Einschnitte für den Großteil der Bevölkerung mit sich brachten. Das Vertrauen der Wähler hat Jazeniuks Regierung durch schleppende Fortschritte verspielt. Es ist zwar gelungen, 2014 die Zusammenarbeit mit dem IWF wieder zu beleben, den Haushalt zu stabilisieren und die Außenverschuldung zu restrukturieren. Das hat die drohende Zahlungsunfähigkeit des Landes abgewendet. Doch nach den ersten beiden Tranchen von insgesamt 6,7 Milliarden US-Dollar stockt die Zusammenarbeit wegen fehlender Reformfortschritte und politischer Instabilität wieder. Der freie Fall der Wirtschaft konnte gestoppt werden, doch nach oben geht es in dem vom Krieg im Donbas gebeutelten Land nicht wirklich. 2016 wird das BIP nur um ein bis zwei Prozent wachsen. Die Reform der Polizei, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, droht durch Widerstände bei zwei anderen Institutionen ausgehöhlt zu werden: Sie Staatsanwaltschaft und die Gerichte haben sich bisher jedem Versuch einer Reformierung vehement widersetzt.

Die geplante Privatisierung der fast 2000 ukrainischen Staatsunternehmen ist gescheitert. Die meisten staatseigenen Betriebe sind nicht nur wirtschaftlich ineffizient, sondern auch eine Oase für Korruption und finanzielle Machenschaften. Immer wieder gab es Korruptionsvorwürfe gegen die engsten Vertrauten von Jazeniuk. Ein einflussreicher Abgeordneter mit Geschäften im Energiesektor sah sich gezwungen, sein Mandat niederzulegen. Und die ukrainischen Oligarchen haben kaum ihren Einfluss eingebüßt und zwingen dem Land nach wie vor ihre Spielregeln auf.

Nach zwei Jahren ist es gelungen, von der absoluten Abhängigkeit vom russischen Gas wegzukommen. In diesem Winter hat das Land zum ersten Mal in seiner Geschichte kein Gas aus Russland gekauft. Zusätzlich zur eigenen Förderung kamen Lieferungen aus Polen, Ungarn und der Slowakei. Im Gesamtjahr 2015 hat die Ukraine die Importe aus Europa auf 10,5 Milliarden Kubikmeter verdoppelt, die russischen Importe haben sich auf 6,1 Milliarden verringert und sich damit mehr als halbiert. Für mehr Energieunabhängigkeit musste die Bevölkerung aber tief in die Tasche greifen: Die früher hoch subventionierten Gaspreise, die seit Jahren ein Riesenloch in der Kasse des ukrainischen Gasproduzenten und Lieferanten Naftogas gerissen haben, sind drastisch gestiegen, für manche Haushalte haben sie sich verfünffacht. Die Regierung subventioniert nun die ärmsten Schichten, ein breit angelegtes Programm zur Energieeinsparung fehlt aber immer noch.

Nicht an seinen Reformen, sondern an seiner Zögerlichkeit ist Jazeniuk als Regierungschef gescheitert. Foto: dpa

Die Herausforderungen für die neue Regierung und die neu geschmiedete Parlamentsmehrheit sind hoch: Reform des Justizsystems und der Staatsanwaltschaft, transparente Privatisierung, Bekämpfung der Korruption, Modernisierung der maroden Infrastruktur, Dezentralisierung und Stärkung der Regionen, Liberalisierung der Wirtschaft und Verteidigung sind nur die wichtigsten Aspekte, die aber das Ausmaß des Problems deutlich machen. Dazu kommt noch der Krieg im Donbas.

Die politische Situation bleibt fragil und wird wohl früher oder später zu neuen Konflikten in der dünnen Parlamentsmehrheit führen. Diese besteht nun aus zwei Fraktionen, dem Block Poroschenko und der „Volksfront“, zusätzlich hat man einige vorher fraktionslose Abgeordnete „inkorporiert“. Zudem ist jede Fraktion kein Monolith, sondern besteht aus mehreren Gruppen, die auch ihre eigenen Interessen verfolgen. Viele sind der Meinung, dass diese Koalition nicht lange hält und Neuwahlen früher oder später unvermeidlich sind.

Nun soll der Block Poroschenko den Ministerpräsidenten stellen und die Volksfront den Parlamentspräsidenten. Die ersten Konflikte haben sich bei den Verhandlungen über das neue Kabinett gezeigt. Der heutige Parlamentspräsident und womöglich neue Ministerpräsident Wolodymyr Groisman gilt als Vertrauter von Präsident Poroschenko, was auf Skepsis nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Westen gestoßen ist. Für den Westen ist aber die schnelle Umsetzung der Reformen entscheidend. Weitere finanzielle Unterstützung für die Ukraine machen die USA wie die EU vom Erfolg der Reformen abhängig. Somit wird der Name des neuen Premiers keine entscheidende Rolle spielen, einen Vorschuss bekommt er auch bei der Bevölkerung nicht. Selbst wenn er den politischen Willen für Reformen vorzeigt, bleibt ihm wenig Zeit und nicht viel Spielraum.

In den Beziehungen zu Russland ändert die neue Konstellation zunächst nichts. Jeder ukrainische Politiker, der nicht aus dem prorussischen Lager kommt, wird gezwungen sein, die Unabhängigkeit seines Landes zu verteidigen und eine Strategie für den schwelenden Krieg im Donbas entwickeln. Denn Moskau wird nach wie vor nicht nur die Separatisten unterstützen, sondern auch wirtschaftliche Hebel einsetzen, um die Ukraine in die Knie zu zwingen.

GLOSSE

Integration, nicht Unterwerfung

Na, haben Sie auch schon Vorbereitungen getroffen, um den Dialog mit dem Christentum zu verbessern, die Integration der Katholiken in Deutschland zu erleichtern? Jaja, das ist jetzt die große Aufgabe, die uns alle angeht. Auch Justizminister Heiko Maas hat es erkannt. Maas will „geschlechterdiskriminierende Werbung“ verbieten. Schluss mit zuviel nackter Frauenhaut im öffentlichen Raum. Lange schon verurteilen Päpste, Bischöfe und Priester diese Formen des kommerziellen Sexismus – jetzt geschieht etwas, damit Christen, die in Deutschland leben, nicht unnötig in Versuchung geführt werden und die Würde der Frau sich frei und ohne erotische Diskriminierung entfalten kann. Damit nicht genug: Die Sprache in den christlichen Gottesdiensten bleibt mehrheitlich Deutsch, so dass man als Einheimischer leichter die Gebete, Rituale und Sitten der Christen (Katholiken, Orthodoxe, Protestanten) lernen kann. Wobei die Finanzierung weiterhin transparent über die Steuern erfolgt und nicht durch dunkle römische Geldquellen. Was die Darstellung von Christen in den Medien betrifft, sind auch Änderungen nötig. Der Fall der Satirikerin Carolin Kebekus, die sich vor drei Jahren beim damaligen Erzbischof von Köln, Kardinal Joachim Meisner, als „Päpstin“ bewarb, hat viele Journalisten und Politiker betroffen gemacht. Natürlich gilt in Deutschland weiterhin die Freiheit der Kunst und der Rede (siehe dazu auch S. 9), doch die Verunglimpfung der Kirche, ihrer Regeln, Symbole und Werte darf so nicht fortgesetzt werden. Wir müssen lernen, den religiösen Überzeugungen der Christen in unserem Land mit mehr Toleranz und Verständnis zu begegnen. Sicher, manche werden sagen, das sei eine Unterwerfung, eine feige Selbstaufgabe. Andererseits: Was sind die Alternativen? **STEFAN MEETSCHEN**

Fortsetzung von Seite 1

Bei einem Fachgespräch der Unionsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude war die Thematik des verbesserten Schutzes religiöser Minderheiten in den Flüchtlingsheimen am Montag ausführlich diskutiert worden. „Die Zunahme von Straftaten und Gewalttaten gegenüber Christen in Flüchtlingsunterkünften ist Besorgnis erregend hoch“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer (CSU). Die „Idee eines Schutzraumkonzeptes“ bezeichnete Mayer als die „Quintessenz“ aus dem Expertengespräch. Es gehe nicht um eine von vornherein getrennte Unterbringung von religiösen Minderheiten wie Christen. Doch zur Not müssten Schutzräume vorhanden sein, in denen bedrohte Menschen Sicherheit fänden. Zuvor hatte auch Pfarrer Gottfried Martens von der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche Berlin-Brandenburgs für solche Schutzräume plädiert. „Es geht mir nicht darum, dass bei der Erstmeldung gleich gesagt wird, er ist Christ, er kommt in ein anderes Heim. Das halte ich nicht für unbedingt nötig. Es geht darum, dass Menschen, wenn es Probleme gibt, nicht monatelang in ihrer Situation bleiben müssen“, so Martens.

Die Bedrohung von Christen in Flüchtlingsheimen sei kein „Massenphänomen“, hieß es. Doch auch, dass es um „hunderte Fälle“ gehe, so Gerit Probst, die für eine Erstaufnahmeeinrichtung der Arbeiterwohlfahrt arbeitet. Mayer erklärte, seit Januar würden religiös motivierte Straftaten in Flüchtlingsheimen gesondert erfasst. In den ersten drei Monaten dieses Jahres seien zwölf Straftaten registriert worden. Es dürfe nicht sein, dass sich Christen aus „Angst vor Rache und Revanche“ scheuten, Straftaten anzuzeigen. Doch dies ist offensichtlich häufig der Fall. Martens erklärte, inzwischen Christen sogar von Anzeigen abzuraten, außer in „extremen Fällen“. Denn nach seiner Erfahrung gebe es dann immer „massenhaft Gegenanzeigen“, es stünde Aussage gegen Aussage, und am Ende gingen die Christen als Verlierer hervor. Stefan Meining vom Bayerischen Rundfunk, der viele Fälle recherchiert hat, sprach von einer „gigantischen Grauzone“ des Mobbing. (Mitarbeit Michel Leh/reg)

GASTKOMMENTAR

Das gute Recht der Armenier

VON JAKLIN CHATSCHADORIAN

Dank großspuriger Sport- und Musikveranstaltungen hat man bei uns ein nicht allzu kritisches Bild des aserbaidschanischen Staates. Der Reichtum des Landes suggeriert Moderne und macht, auch aufgrund gut finanzierter Lobbyarbeit, gerade auch in Deutschland, grundsätzlich sympathisch. Politische Bündnisse mit westlichen Staaten und die mediale Sprache in Deutschland, die hier gern von Besatzung und Völkerrechtsbruch spricht, begünstigen das Bild der aserbaidschanischen Propaganda, welche den Anschein erweckt, es sei den Christen um die reine Gier, um bösartige Landnahme gegangen. Dabei ist die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die Bevölkerung Berg-Karabachs auf Grundlage des Staatsrechts der UdSSR durch wirksames Ausscheiden aus der Sowjetrepublik ebenso rechtmäßig wie nach den Grundsätzen des Völkerrechts. Die Unabhängigkeit wurde am 10.12.1991 durch Volksabstimmung deklariert. Das Verfahren war rechtlich einwandfrei und nicht durch Drittstaaten oder Fremdinteressen beeinflusst gewesen. Das Recht zur Sezession ergab sich aus der Situation vorhandener Unterdrückung. Das armenisch besiedelte Berg-Karabach war den Bedrohungen der Nationalisten ausgesetzt. Diskriminierung und Übergriff, Rassismus in seiner lebensbedrohlichen Form, bestimmten den Alltag der Menschen.

Panturkistische Ideologien sind schließlich, wie in der Türkei, seit jeher Teil aserbaidschanisch-völkischen Denkens. Die enge Beziehung beider Staaten, die Bezeichnung als Brudervolk, rührt ebenso daher wie der Hass auf das armenische Volk. Man hat den Armeniern schlicht das Überleben des Genozides nicht verziehen. Darüber hinaus ist der werdende Sultan Erdogan gerade dabei, Europa vorzuführen und wird nunmehr von Präsident Ilham Aliyev bereitwillig unterstützt. Die Motivation hinter der Staatsaffäre Böhmermann ist die gleiche wie hinter dem von Erdogan stets betonten Vorwurf der Unfähigkeit der (mit der Konfliktlösung beauftragten) OSZE-Gruppe.

In die Konfliktbeurteilung einbezogen werden muss auch, dass, obwohl Aserbaidschan nicht als typisch islamischer Staat betrachtet werden kann, dort in den letzten Jahren eine große Welle der radikalen Islamisierung von allen Schichten der Bevölkerung festzustellen ist. Die Radikalisierung islami(sti)scher Grundüberzeugungen wie der Christenfeindlichkeit fällt in Aserbaidschan auf fruchtbaren Boden. IS-Schergen finden sich im Karabach-Konflikt ebenso wie aserbaidschanische Volkszugehörige im Syrienkonflikt.

Die Autorin ist Vorsitzende des Zentralrates der Armenier in Deutschland.

Zufrieden, wenn Unfug unterbleibt

„Mum, Dad & Kids", die Europäische Bürgerinitiative für Ehe und Familie, kann bis zum 3. April 2017 unterstützt werden **VON HEDWIG VON BEVERFOERDE UND HANNA-LISA KARASCH**

Nach monatelanger Vorbereitung sind die letzten technischen und bürokratischen Hürden überwunden: Die Unterschriftensammlung für „Vater, Mutter, Kinder" („Mum, Dad & Kids"), die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zum Schutz von Ehe und Familie, hat am 4. April begonnen und dauert bis zum 3. April 2017. Die Initiative zielt darauf ab, dass das EU-Gemeinschaftsrecht unter dem Begriff „Ehe" ausschließlich eine Verbindung zwischen Mann und Frau anerkennen soll. Die Familie soll auf der Grundlage von Ehe und Abstammung definiert werden.

Nach der Lebensschutzinitiative „Einer von uns" („One of Us"), der mit 1,8 Millionen Unterschriften bislang erfolgreichsten EBI, ist dies das zweite Mal, dass durch eine solche Initiative für ein zutiefst christliches gesellschaftspolitisches Anliegen geworben wird – und es gibt guten Grund zur Erwartung, dass das Ergebnis von „One of Us" noch übertroffen werden kann. Das hervorragende Ergebnis von „One of Us" kam zustande, obwohl die Initiative vom medialen Mainstream systematisch totgeschwiegen wurde. Bei „Mum Dad & Kids" wird es wohl nicht anders sein. Es zeigt sich, dass der Schutz des ungeborenen Lebens, die Ehe und die Familie keine Randgruppenthemen sind, sondern grundlegende Werte, die in der Zivilgesellschaft wesentlich stärker verankert sind, als manche Politiker und Medien es gerne wahrhaben möchten.

Die neue Initiative kann auf der Website www.mumdadandkids.eu online unterschrieben werden. Man kann dort auch Formulare herunterladen und ausdrucken, um, etwa in Pfarreien und Vereinen, Unterschriften zu sammeln. Auch das Gebet für die Initiative ist ausdrücklich erwünscht.

Mancher wird sich fragen, weshalb die neue EBI einerseits davor warnt, dass die EU ihren Mitgliedstaaten einen europaweit einheitlichen Ehe- und Familienbegriff aufzwingen möchte, andererseits aber selbst genau dies fordert: einen für das gesamte EU-Recht einheitlichen Begriff von Ehe und Familie. Es gibt drei Antworten auf diesen Einwand. Der erste ist: Die von der Bürgerinitiative vorgeschlagene Begriffsbildung ist nicht extravagant, sondern stellt einen gemeinsamen Nenner zwischen allen Rechtsordnungen dar. Obgleich in einigen Ländern die Begriffe Ehe und Familie in den letzten Jahren beinahe bis zur Unkenntlichkeit umdefiniert und erweitert wurden, ist es doch immer noch universal anerkannt, dass ein Mann und eine Frau eine Ehe eingehen können, und dass ein Ehepaar mit seinen Kindern eine Familie ist. Indem die Bürgerinitiative die EU auf diese universal anerkannte Begrifflichkeit festlegt, vereitelt sie den sonst zu erwartenden Versuch, die Mitgliedstaaten gegen ihren Willen zur Anerkennung anderer Formen von Ehe und Familie zu zwingen.

Ein korrekter Familienbegriff ist wichtig, weil ohne ihn keine sinnvolle Familienpolitik gemacht werden kann. Foto: dpa

Die zweite Antwort lautet: Es geht den Veranstaltern darum, allen Gruppen und Organisationen, die in den einzelnen Mitgliedstaaten für die Bewahrung von Ehe und Familie eintreten, ein gemeinsames Projekt zu bieten, das ihnen die Gelegenheit verschafft, sich erstmals auf europäischer Ebene zu vernetzen und zusammenzuarbeiten. Hierfür bietet sich die in allen 28 Mitgliedstaaten gleichzeitig stattfindende Europäische Bürgerinitiative an: mit einem in alle Sprachen übersetzten gemeinsamen Logo kann sie über Grenzen und Sprachbarrieren hinweg identitätsstiftend wirken und zur Keimzelle einer dauerhaften Zusammenarbeit werden. Notwendige Voraussetzung für eine Europäische Bürgerinitiative ist aber eine Petition, die sich an die EU richtet. Diese Petition muss daher so formuliert sein, dass sie unabweislich in den Zuständigkeitsbereich der EU fällt. Im Fall von „Mum Dad & Kids" ist dies gelungen: Die EU-Kommission hat die Initiative trotz des kaum verhohlenen Widerwillens einzelner Kommissare registriert, weil ihr klar war, dass eine Zurückweisung rechtswidrig wäre.

Natürlich ist selbst dann, wenn die Mindestzahl von einer Million Unterschriften weit überschritten werden sollte, nicht zu erwarten, dass die EU-Kommission den Vorschlag der Bürgerinitiative aufgreifen und ein Gesetzgebungsverfahren einleiten wird, um klarzustellen, dass im EU-Recht unter „Ehe" nur die Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau verstanden wird. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie die Initiative mit einer knapp gefassten und argumentativ dürftigen „Mitteilung" vom Tisch wischen wird, wie es ja bereits mit der Lebensschutzinitiative „One of Us" geschehen ist. Aber selbst wenn die Kommission wider Erwarten ein solches Gesetzgebungsverfahren einleiten sollte, wäre wohl kaum zu erwarten, dass der vorgeschlagene Rechtsakt von allen Mitgliedstaaten mit der erforderlichen Einstimmigkeit angenommen werden würde.

> „Eine Politik, die die Familie nicht fördert, diskriminiert sie"

Das macht aber nichts: Wichtiger als solch ein ohnehin nur die geltende Rechtslage bekräftigender Rechtsakt ist es, dass nicht das Gegenteil geschieht. Daher liegt einer der wesentlichen Zwecke der Initiative darin, ein unüberhörbares Signal zu setzen, um den Institutionen der EU deutlich zu machen, dass von Brüssel aus dekretierte gesellschaftspolitische Experimente, wie sie bereits von Vizepräsident Frans Timmermans ventiliert wurden, von den Bürgern nicht gewünscht werden. Die politische Agenda der Initiative ist in dieser Hinsicht gewissermaßen negativ formuliert: Es ist nicht unbedingt notwendig, dass Gutes geschieht, sondern man ist schon zufrieden, wenn Unfug unterbleibt.

Die eigentlichen Adressaten der Initiative sind aber nicht die EU-Institutionen, sondern die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten. Sie haben im Bereich des Ehe- und Familienrechts viel weitergehende Gestaltungsmöglichkeiten als die EU, und können daher im Guten wie im Schlechten viel mehr bewirken. Die Bürgerinitiative ist auch auf dieser Ebene eine seltene und daher wertvolle Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen. In vielen Ländern Europas – etwa in Spanien, Frankreich, Belgien, oder kürzlich in Italien – haben Regierungen und Parlamente in geradezu überfallartiger Weise, und zumeist ohne dies zuvor in einem Wahlkampf zu thematisieren, Ehe und Familie einer radikalen Neudefinition unterzogen. Das Volk wurde schlicht und einfach nicht gefragt, außer vielleicht von einigen Meinungsforschern, die dann stets vermeldeten, dass eine Mehrheit an diesen Neuerungen Gefallen finde. Doch selten erfuhr man, wer gefragt wurde beziehungsweise wie die Fragestellung lautete. In allen diesen Ländern ist „Mum, Dad & Kids" nunmehr eine Gelegenheit, den Regierungen noch einmal deutlich zu machen, wie die Bürger wirklich denken.

In anderen Ländern stellt sich die Initiative in anderem Kontext. So hat im vergangenen Jahr in Kroatien eine Bürgerinitiative ein Referendum erzwungen, mit der die Definition der Ehe als Bund zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankert wurde. In Slowenien wurde auf diese Weise ein Gesetz rückgängig gemacht, mit dem die Homo-„Ehe" eingeführt werden sollte. In beiden Ländern geschah dies gegen den Willen der jeweiligen links-liberalen Regierung und Parlamentsmehrheit. In Rumänien, einem Land von 22 Millionen Einwohnern, wurden zu Beginn dieses Jahres von einer Bürgerinitiative innerhalb weniger Wochen drei Millionen Unterschriften für eine Verfassungsreform gesammelt, mit der die Ehe zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankert werden soll.

Die gesetzliche Verankerung eines korrekten Familienbegriffes ist wichtig, weil ohne ihn keine sinnvolle und zielgerichtete Familienpolitik gemacht werden kann. Wenn, wie es in Deutschland und Österreich vielfach geschieht, Politiker mit sonderbaren Neufassungen des Familienbegriffs hausieren gehen („Familie ist dort, wo Erwachsene und Kinder unter einem Dach zusammenleben" oder „Familie ist dort, wo Menschen verschiedener Generationen füreinander Verantwortung übernehmen"), dann ist die Familienpolitik am Ende, bevor sie überhaupt angefangen hat.

Der von der Bürgerinitiative geforderte Familienbegriff ist im wahrsten Wortsinn grundlegend. Er ist aber nur der Ausgangspunkt für weitere Schritte. Tatsächlich wird eine Rechtsordnung der Familie nicht schon dann gerecht, wenn sie sie richtig definiert, sondern erst dann, wenn sie die Bedeutung der Ehe und der Familie für das Gemeinwohl anerkennt und entsprechende Anreize setzt. Gleichbehandlung mit anderen – folglich eben gerade nicht gleichen – Formen des Zusammenlebens ist hier nicht angebracht: Eine Politik, die die Familie nicht fördert, diskriminiert sie.

Die Autorinnen sind die Koordinatorinnen der Europäischen Bürgerinitiative „Mum, Dad & Kids" in Deutschland und Österreich.

Europa sucht einen ganzheitlichen Ansatz zur Migration

Bei der Neuausrichtung des Asylsystems findet die EU-Kommission Verbündete im Europäischen Parlament **VON STEPHAN BAIER**

Für einen „ganzheitlichen Ansatz zur Migration" spricht sich das Europäische Parlament in Straßburg aus. Dieser müsse auch „Maßnahmen zur Störung von Aktivitäten krimineller Netzwerke, die an Menschenhandel und Menschenschmuggel beteiligt sind", enthalten. Die Europaabgeordneten begrüßen Marineoperationen, die Menschenleben auf hoher See retten und kriminelle Netzwerke zerstören. Die Umsiedlung von Flüchtlingen, die Schutz beantragt haben oder genießen innerhalb der EU sei ein „praktisches Beispiel der Solidarität" heißt es in dem Text, der die EU-Mitgliedstaaten auffordert, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Wie die EU-Kommission, plädiert nun auch das Europäische Parlament für eine Neuordnung des Asylsystems in Europa, und zwar „auf dem Grundsatz der Solidarität und einer gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten". Es ist der Ansicht, dass „der besondere Migrationsdruck, der auf den an den EU-Außengrenzen gelegenen EU-Mitgliedstaaten lastet, durch das derzeitige System nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt wird". Das bisher geltende Dublin-System habe seine beiden Ziele verfehlt, nämlich „objektive und faire Kriterien für die Zuweisung von Zuständigkeiten festzulegen und schnell internationalen Schutz zu gewähren". Der für Migrationsfragen zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos warb im Europäischen Parlament dafür, „ein chaotisches, ungeordnetes System von Asylströmen zu ersetzen durch ein geordnetes, legales System der Einreise nach Europa". Die Krise habe gezeigt, dass das gegenwärtige System nicht funktioniere. Es sei „weder gerecht noch haltbar".

> „Solidarität ist unsere Leitlinie bei der Reform des europäischen Asylsystems"

Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, sagte am Mittwoch vor dem Europaparlament, es gebe keine Allheilmittel in dieser Krise: „Wir stehen hier in einer Aufgabe, die einer dauerhaften Bemühung ohne zeitliches Ende bedarf." Das Abkommen mit der Türkei sei „nicht perfekt". Es gebe ethische und rechtliche Zweifel. Jedoch das Hauptziel bestehe darin, die irreguläre Migration nach Europa einzudämmen, um den Zusammenbruch des Schengen-Systems zu verhindern. Europa habe „keinen goldenen Schlüssel in der Hand, um alle Probleme der Welt zu lösen". Diese Krise zeige, „dass wir uns um uns selber annehmen müssen, bevor wir uns der Welt zuwenden", so Tusk. Die Balkanroute sei nicht die einzige Route, vielmehr seien die Flüchtlingszahlen in Libyen bereits besorgniserregend. Die EU versuche eine Synthese zwischen den Bedürfnissen der Sicherheit und der Offenheit: „Wollen wir echte Europäer sein, dann müssen wir offen und tolerant bleiben, gleichzeitig aber hart und wirksam", sagte Tusk.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker meinte, das Abkommen der EU mit der Türkei sei die Alternative zum „Gesetz der Kriminellen", also der Schleuser, die die Flüchtlinge manipulieren. Die EU achte darauf, dass das europäische und internationale Recht eingehalten wird. 325 illegale Migranten seien seit Anfang April in die Türkei rückgeführt und 79 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa umgesiedelt worden. Die zugesagten sechs Milliarden Euro würden nicht in die Türkei fließen, wie wahrheitswidrig behauptet werde, sondern kämen den Flüchtlingen zugute. „Natürlich gibt es Themen – mehr als nur eines – bei denen die Türkei und die EU unterschiedlicher Meinung sind", räumte Juncker ein. Er könne nicht nachvollziehen, dass ein deutscher Botschafter wegen eines satirischen Lieds einbestellt wird. Die Zusammenarbeit mit der Türkei sei jedoch notwendig, „weil eine Grenze immer zwei Seiten hat" und weil die Türkei drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe.

Der Grieche Dimitris Avramopoulos ist in Brüssel für Migrationspolitik zuständig. Foto: dpa

„Solidarität ist unsere Leitlinie bei der Reform des europäischen Asylsystems, sagte Juncker, der erklärte, die Vorschläge der Kommission sollten dafür sorgen, zu klären, welcher EU-Staat für ein Asylverfahren zuständig ist, und gewährleisten, dass jeder Antragsteller in dem Land bleibt, dem er zugewiesen wurde. „Wir können nicht einen Staat allein diese Krise bewältigen lassen", so der Kommissionspräsident.

Der Fraktionschef der christdemokratischen EVP, Manfred Weber, meinte, die Rückführung von Migranten in die Türkei und der gemeinsame Kampf gegen Schlepper funktioniere jetzt. Europa sei keine Festung, es brauche vielmehr legale Wege nach Europa für jene Menschen, die Schutz brauchen. Das „Durchwinken" sei beendet worden. Flüchtlinge hätten nicht das Recht, sich den Ort ihrer Zuflucht auszusuchen. Weber bekannte sich zur Partnerschaft mit der Türkei, kritisierte jedoch zugleich den Umgang Erdogans mit der Presse- und Meinungsfreiheit. Für die Liberale Fraktion warnte Guy Verhofstadt, Europa habe sich mit dem Abkommen in die Hand der türkischen Regierung begeben.

PERSONALIEN

WALTER MIXA, emeritierter Augsburger Bischof, wird am 25. April 75 Jahre alt und erreicht damit das offizielle Pensionsalter für Bischöfe. Seinen Geburtstag feiert er am 23. April mit einem Dankgottesdienst in der Wallfahrtsbasilika Maria Brünnlein in Wemding (Kreis Donau-Ries), wie das Bistum Eichstätt ankündigte. Die Predigt hält der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke. Mixa war 2005 bis 2010 Bischof von Augsburg; zuvor wirkte er seit 1996 als Hankes Vorgänger in Eichstätt. Von 2000 bis 2010 war er auch Militärbischof. Im Frühjahr 2010 bot Mixa nach Prügel- und Veruntreuungsvorwürfen seinen Rücktritt an. Papst Benedikt XVI. gab dem Ersuchen am 8. Mai 2010 statt. Walter Mixa wurde 1941 im oberschlesischen Königshütte geboren, seine Jugend verbrachte er in Heidenheim an der Brenz. Nach dem Studium der Theologie und Philosophie wurde er 1970 in Dillingen zum Priester geweiht. Seit 1975 arbeitete der promovierte Theologe als Stadtpfarrer in Schrobenhausen sowie als Regionaldekan. In seiner Zeit als Bischof in Eichstätt und Augsburg zählte Mixa zu den markanten Vertretern der katholischen Kirche in Deutschland. Seinen Ruhestand verbringt der Geistliche zurückgezogen in Kaisheim-Gunzenheim (Kreis Donau-Ries). Er arbeitet dort in der Seelsorge mit und betreut die Wallfahrt „Maria im Strahlenkranz“. Seit 2012 gehört Mixa dem päpstlichen Rat für die Krankenpastoral an. Der Dankgottesdienst zum 75. Geburtstag in Wemding ist eine private Feier. Aus dem Bistum Augsburg nimmt Weihbischof Anton Losinger, der auch Stiftungsratsvorsitzender der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) ist, an der Messe teil.

ERZBISCHOF CHRISTOPHE PIERRE (70), bisher Nuntius in Mexiko, leitet künftig die Botschaft des Heiligen Stuhls in den Vereinigten Staaten. Der Vatikan teilte die Versetzung durch Papst Franziskus am Dienstag mit. In Washington wird der Franzose Pierre Nachfolger von **CARLO MARIA VIGANO** (75), der aus Altersgründen aus dem diplomatischen Dienst ausscheidet. Pierre, der aus der französischen Erzdiözese Rennes stammt, war 2007 von Papst Benedikt XVI. zum Vatikan-Botschafter in Mexiko ernannt worden. Von 1995 an vertrat er den Heiligen Stuhl in Haiti, vier Jahre später wurde er nach Uganda berufen. Kurienerzbischof Carlo Maria Vigano war im August 2011 von Benedikt XVI. zum Nuntius in den USA ernannt worden, nachdem er zuvor eine hohe Position in der Leitung des Vatikanstaats bekleidete. Seine Vorwürfe von Vetternwirtschaft und Korruption, die er dem Papst zuleitete, spielten eine tragende Rolle im Vatileaks-Skandal.

STEFAN MICHELBERGER (39), bisher Würzburger Diözesanjugendpfarrer, ist in sein neues Amt als Regens des Priesterseminars im Bistum eingeführt worden. „Die Personen wechseln, der Herr bleibt“, sagte Bischof Friedhelm Hofmann bei einem Festakt nach Angaben der Diözese vom Dienstag. Michelberger folgt auf **HERBERT BAUMANN** (70), der Ende März in den Ruhestand getreten war. Das Priesterseminar sei „eine der herausforderndsten Aufgaben unserer Zeit“, sagte Hofmann. Gerade in einer Zeit, in der verstärkt über Sinn und Notwendigkeit der Seminare nachgedacht werde, sei es umso wichtiger, „dass wir die uns gestellten Aufgaben wahrnehmen und zu lösen versuchen“. Der neue Regens stammt aus Laudenbach in Baden-Württemberg. Er empfing 2005 in Würzburg die Priesterweihe. Nach seiner Kaplanszeit übernahm Michelberger die Aufgabe des Rektors für das Jugendhaus Sankt Kilian in Miltenberg. 2013 wechselte er nach Würzburg und wurde Diözesanjugendpfarrer sowie Rektor des Jugendhauses Kilianeum.

Kirche will Rechtssicherheit

Katholisches Büro sieht staatliche Schwangerenberatung in Thüringen gefährdet

Erfurt (DT/KNA) Die katholische Kirche ist gegen eine Änderung des Thüringer Schwangerschaftskonfliktgesetzes. Die bestehende staatliche Förderung auch der Beratungsstellen, die den für einen Schwangerschaftsabbruch erforderlichen Beratungsschein nicht ausstellen, dürfe nicht aufgeweicht werden, forderte am Dienstag der Leiter des Katholischen Büros Erfurt, Winfried Weinrich. Am Mittwoch nahm er dazu bei einer Expertenanhörung im Thüringer Landtag Stellung.

Gegenwärtig berät das Landesparlament über einen neuen Entwurf für das seit 2005 geltende Schwangerschaftskonfliktgesetz des Freistaates. Der Entwurf sieht künftig nur eine „Kann“-Regelung für die staatliche Förderung von Stellen vor, die nur eine allgemeine Schwangerenberatung leisten. Die Beraterinnen von Einrichtungen katholischer Träger stellen seit 2001 keine Beratungsscheine mehr aus, die Voraussetzung für eine straffreie Abtreibung sind. In Thüringen gibt es in Erfurt, Gotha und Heiligenstadt drei solche Beratungsstellen in Trägerschaft der Caritas.

Durch eine „Kann“-Regelung sieht Weinrich die Rechtssicherheit für katholische Beratungsstellen gefährdet. Er verwies darauf, dass sie einen „grundlegenden unverzichtbaren Beitrag zum Schutz des ungeborenen Lebens“ leisteten und stark akzeptiert seien. Die Zahl der Beratungen habe von 1 631 im Jahr 2010 auf 1 936 Beratungsgespräche im Jahr 2015 zugenommen, so Weinrich. Er vertritt die Bistümer Erfurt, Dresden-Meißen und Fulda in der Thüringer Landespolitik. Sozialministerin Werner betonte, es werde „zu keinen Abstrichen im Beratungsangebot für Schwangere kommen“. Das bewährte Netz der Beratungsstellen sei „zwingend notwendig“, um eine wohnortnahe Beratung sicherzustellen. Das schließe Angebote mit unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung ein. Konfessionelle Träger würden durch die Gesetzesnovelle nicht schlechter gestellt. „Die Caritas ist und bleibt ein wichtiger Träger der Schwangerenberatung“, so die Ministerin. Die Schwangerschaftsberatung des katholischen Wohlfahrtsverbandes werde 2016 und 2017 wie in den Vorjahren mit rund 210 000 Euro gefördert.

Die staatliche Förderung katholischer Schwangerenberatungsstellen stand auch in anderen Bundesländern bereits zur Debatte.

„Nuntius Courage“

Kurienkardinal Fernando Filoni wird 70 VON CHRISTOPH SCHMIDT

Vatikanstadt (DT/KNA) Als am 20. März 2003 die ersten Cruise Missiles in Bagdad einschlagen, haben die ausländischen Diplomaten längst das Land verlassen. Die Furcht vor dem Volkszorn der Iraker und dem Raketenhagel der Amerikaner ist zu groß. Nur ein Botschafter ist noch in der Hauptstadt – und bleibt dort während des ganzen völkerrechtswidrigen Krieges: Nuntius Fernando Filoni (Foto: KNA), der Vertreter von Papst Johannes Paul II. Die katholische Kirche flüchte nicht vor Tod und Gewalt, sagt er. Gerade dann sei sie gefordert und stehe an der Seite der Menschen.

Am 15. April feiert der furchtlose Kurienkardinal und „Nuntius Courage“ seinen 70. Geburtstag. Geboren 1946 im süditalienischen Manduria, hat Filoni die Folgen von Krieg und Zerstörung in seiner Kindheit selbst erfahren. Mitten im rasanten gesellschaftlichen Wandel seines Landes schlägt er die Kirchenlaufbahn ein, wird 1970 zum Priester geweiht und promoviert in Philosophie und Kirchenrecht. Anfang der 1980er Jahre tritt er in den diplomatischen Dienst des Vatikan ein. Sri Lanka und der Iran während des iranisch-irakischen Krieges (1980–1988) sind seine ersten Stationen. In Brasilien und auf den Philippinen lernt er zwei der wichtigsten Länder der Weltkirche kennen. Eine andere Basis ist Hongkong, wo er die schwierigen Gespräche mit der Volksrepublik China koordiniert und diplomatischen Schliff entwickelt. 2001 entsendet Johannes Paul II. den polyglotten Diplomaten als Botschafter in den Irak und nach Jordanien und spendet ihm persönlich die Bischofsweihe.

Die weltpolitische Eskalation nach dem 11. September beobachtet Filoni in Bagdad und versucht im Auftrag des Papstes den Krieg zu verhindern. Bis zuletzt setzt der Vatikan auf Frieden und Vermittlungsversuche. In einem flammenden Plädoyer appelliert Johannes Paul II. noch wenige Tage vor den Bomben an die USA und die Vereinten Nationen. Doch die Invasion ist da in Washington längst beschlossen. Filoni erlebt die Luftangriffe auf Bagdad als einziger ausländischer Botschafter hautnah. Es folgen Chaos, Terror, Entführungen und Bürgerkrieg. Opfer sind vor allem die mehr als eine Million irakischen Christen.

In dieser dramatischen Situation gönnt der Vatikan dem Spitzendiplomaten eine Ruhepause. Papst Benedikt XVI. schickt Filoni 2006 als Nuntius wieder auf die Philippinen, wo er zuvor schon neun Jahre lang im Dienst war. Im folgenden Jahr beruft ihn die Kirchenzentrale nach Rom. Filoni wird Substitut im Staatssekretariat und damit „Innenminister“ des Vatikan mit engsten Kontakten zu Papst und Kurie. Der deutsche Papst schätzt den Italiener, und die Beförderung auf seinen jetzigen Posten folgt 2011: Filoni übernimmt die Leitung der wichtigen Kongregation für die Evangelisierung der Völker. Damit trägt er Verantwortung für die rund 200 Millionen Katholiken in den ehemaligen Missionsgebieten Afrikas und Asiens.

Den Kardinalspurpur erhält der damals 65-Jährige im Februar 2012 und nimmt ein Jahr später am Konklave zur Wahl von Papst Franziskus teil. Auch der Argentinier vertraut auf die Fähigkeiten des diplomatisch versierten Kardinals, der im Vatikan als einer der besten Kenner des Irak und des Nahen Ostens gilt. Deshalb entsendet er ihn im August 2014 als päpstlichen Sondergesandten ins Zweistromland, in dem das Christentum angesichts von islamistischem Terror und Auswanderung vor der Existenzfrage steht. Filoni führt Gespräche mit der Regierung in Bagdad, besucht Flüchtlingslager für Christen und Jesiden im Nordirak und redet mit Kurdenführer Masud Barzani, in dessen Gebiet viele vor der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) Zuflucht gefunden haben. Wie 2003 geht es darum, die Solidarität und Nähe der Kirche zu zeigen, aber auch um praktische Hilfe für die Notleidenden und Verfolgten. Filoni hat damals an die Welt appelliert, die Christen im Nahen Osten nicht im Stich zu lassen. Über die tieferen Ursachen der schwersten Krise in der Region seit 100 Jahren ließ er aber auch keinen Zweifel: Ausgangspunkt ist für ihn der „auf Lügen aufgebaute“ zweite Irak-Krieg der USA.

DIE SONNTAGSLESUNG

Apg 13,14.43b-52; Offb 7,9.14b-17; Joh 10,27-30

Das Lamm Gottes ist der Hirte

Zu den Lesungen des vierten Sonntags der Osterzeit (Lesejahr C) VON HARM KLUETING

Das Evangelium für den vierten Sonntag der Osterzeit bildet den Abschluss der großen Hirtenrede Jesu, der Rede vom Guten Hirten und seinen Schafen. Am Anfang dieser Rede, einem großen Gleichnis über Jesus und die Menschen, die zu ihm gehören, heißt es, dass der Gute Hirte „die Schafe, die ihm gehören, einzeln beim Namen“ (Joh 10, 3) ruft. Darauf folgt der Satz: „Die Schafe folgen ihm, denn sie kennen seine Stimme“ (Joh 10, 4). Und in unserem Abschnitt steht der Satz: „Meine Schafe hören auf meine Stimme; ich kenne sie“. Das Bild, das dieses Gleichnis entwirft, zeigt uns Jesus als Hirten, der für seine Herde sorgt und sie vor wilden Tieren behütet – das „für“ ist wichtig in dieser Hirtenrede, gipfelnd in dem Wort „Ich gebe mein Leben hin für die Schafe“ (Joh 10, 15). Hirte heißt auf Latein Pastor, wie auch Pfarrer oft als Pastor bezeichnet werden. Wir Menschen erscheinen in diesem Bild als Schafe und als Teil einer Schafherde. Für uns moderne Menschen mit unserem Selbstbewusstsein scheint das fast eine Zumutung zu sein: Weder wollen wir Herdentiere oder Herdenmenschen sein – sondern Individualisten –, noch wollen wir mit Schafen verglichen werden.

Aber in der Bibel, im Alten wie im Neuen Testament, kommt das Schaf immer wieder vor, beginnend im Buch Genesis mit Abram, der in Ägypten Schafe und Ziegen, Rinder und Esel, Eselinnen und Kamele bekam (Gen 12, 16), und mit Jakob, der die Schafe Labans tränkte (Gen 29, 10), oder im Buch Exodus mit Mose, der die Schafe und Ziegen seines Schwiegervaters Jitro weidete (Ex 3, 1), über den Auftrag Jesu an Petrus: „Weide meine Schafe“ (Joh 21, 15.16.17) bis zu dem Lamm – Jungschafe nennt man Lamm – in der Offenbarung, an deren Ende vom „Thron Gottes und des Lammes“ (Offb 22, 1.3) die Rede ist. Doch meint das hier nicht jenes vierbeinige Säugetier, das dem Menschen Fleisch, Fett, Wolle und Milch liefert, und auch nicht Menschen, wie im Buch Numeri: „Die Gemeinde soll nicht sein wie Schafe, die keinen Hirten haben“ (Num 27, 17). Schafe sind im Alten Testament, in den Erzvätergeschichten, die uns eine Nomadengesellschaft mit Herdenbesitzern vor Augen führen, Inbegriff des Reichtums (2 Sam 12, 2) und konnten auch als Kriegsbeute dienen (Num 31, 28). In der Offenbarung aber steht ebenso wie in der Rede Johannes des Täufers (Joh 1, 29.36) das Lamm als „Lamm Gottes“ – lateinisch „Agnus Dei“ – für den Sohn Gottes.

Das Schaf, nicht Ziege oder Rind, galt trotz der Hörner, die bei den meisten Schafrassen auch die weiblichen Tiere tragen, als Muster von Gutmütigkeit, Geduld und Wehrlosigkeit. „Seht, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe“ (Mt 10, 16), sagt Jesus zu seinen Jüngern. Besonders gilt das für die noch keine Hörner tragenden Lämmer. Von daher erklärt sich der Christustitel „Lamm Gottes“ für Jesus, der unter dem in Getsemani gesprochenen „Nicht wie ich will, sondern wie du willst“ (Mt 26, 39) oder unter dem „Dein Wille geschehe“ (Mt 6, 10) das Leiden auf sich oder – wie Johannes der Täufer sagt – „die Sünde der Welt hinwegnimmt“ (Joh 1, 29). Jesus Christus tritt damit an die Stelle des Paschalammes, das außer einem Schaf auch eine Ziege oder ein Rind sein konnte (Dtr 16, 2), bei der Einsetzung des Paschafestes zur Erinnerung an die Nacht vor dem Auszug der Israeliten aus Ägypten aber nur ein „fehlerfreies, männliches, einjähriges Lamm, das Junge eines Schafes oder einer Ziege“ (Ex 12, 5) – auch Jungziegen oder Zicklein werden Lamm genannt. So kann der Apostel Paulus schreiben: „Als unser Paschalamm ist Christus geopfert worden“ (1 Kor 5, 7), wie im ersten Petrusbrief Jesus das „Lamm ohne Fehl und Makel“ (1 Petr 1, 19) genannt wird. Das sind drei biblische Gestalten von Schaf oder Lamm. In unserem Evangelientext steht das Schaf für uns Menschen.

Ohne die Fürsorge eines Hirten sind Schafherden oder gar einzelne Schafe großen Gefahren ausgesetzt, vor allem Gefahren durch wilde Tiere. Viele Menschen seien „müde und erschöpft wie Schafe, die keinen Hirten haben“ (Mt 9, 36), so das Matthäusevangelium. In der Bibel wird die Herde von Schafen zum Bild für das Gottesvolk unter der Führung Gottes und des von Gott zu den Schafen geschickten Guten Hirten Jesus Christus. Auch heute gibt es viele Menschen, die von ihrem Leben „müde und erschöpft“ sind, weil sie keinen Hirten haben, niemanden, der ihnen einen besseren Weg gewiesen hat als den, den sie gegangen sind und immer noch gehen. Wenn man sich das vor Augen führt, dann hat dieser Evangelientext Verheißungsvolles und Beunruhigendes zugleich. Denn das, was hier ausgesagt ist, heißt doch, dass nur seine Schafe seine, Jesu, Stimme hören, und dass er nur sie kennt – und die anderen nicht: „Meine Schafe hören auf meine Stimme; ich kenne sie, und sie folgen mir. Ich gebe ihnen ewiges Leben.“ Nur die Seinen erkennen den Hirten. Die anderen nicht. Gibt es also die, die Jesus, dem Guten Hirten, angehören und ihn erkennen? Und die anderen, die ihm nicht angehören und ihn nicht erkennen? Muss man Jesus, dem Guten Hirten, angehören – muss man zu den Seinen zählen –, um ihn zu erkennen? Wie kann man ihm angehören, ohne ihn zuvor erkannt zu haben? Muss man ihn also erst erkennen, um ihm dann anzugehören? Wie Paulus, als er noch Saulus hieß und ein Feind der Christen war, Jesus zuerst erkannte – vor Damaskus – und ihm danach angehörte? Das ist beunruhigend, beunruhigend für die, für die wir in der Eucharistiefeier beten: „Führe zu dir auch alle deine Söhne und Töchter, die noch fern sind von dir“. Aber das lehrt uns das Evangelium, dass nicht alle zu den Seinen gehören: „So wird es auch bei der Ankunft des Menschensohnes sein. Dann wird von zwei Männern, die auf dem Feld arbeiten, einer mitgenommen und einer zurückgelassen. Und von zwei Frauen, die mit derselben Mühle mahlen, wird eine mitgenommen und eine zurückgelassen“ (Mt 24, 39–41).

Es gibt auch die, die nicht zu den Seinen gehören wollen und das Wort Gottes von sich stoßen. Das lehrt uns der Abschnitt aus der Apostelgeschichte, in der über die erste Missionsreise des Paulus und über seine Reden in Antiochien in Pisidien, gelegen auf der anatolischen Halbinsel mitten in der heutigen Türkei, – nicht in Antiochien in Syrien, wo man die an Christus Glaubenden zuerst Christen nannte (Apg 11, 26) – berichtet wird. Zuerst redet er an einem Sabbat in der Synagoge zu den Diasporajuden – den außerhalb des jüdischen Siedlungsgebietes in Palästina lebenden Juden – und zu frommen Proselyten, wie die Einheitsübersetzung das griechische „sebomenoi prosēlytoi“ richtig wiedergibt. Das waren Heiden, die sich der Synagoge angeschlossen hatten, ohne den formalen Übertritt zum Judentum durch Beschneidung zu vollziehen, wie der römische Hauptmann Cornelius (Apg 10, 1–33), so dass auch Luthers Übersetzung „gottesfürchtige Judengenossen“ zutreffend ist. Die Juden und die Judengenossen werden von Paulus und seinem Begleiter Barnabas – Joseph Barnabas aus Zypern, der der Jerusalemer Urgemeinde angehörte – ermahnt werden, „der Gnade Gottes treu zu bleiben“.

Eine Woche später folgt die Rede für „fast die ganze Stadt“. Jetzt sind die Juden eifersüchtig, „widersprachen den Worten des Paulus und stießen Lästerungen aus“. Das, worauf sie eifersüchtig sind, wird nicht recht deutlich, weil der Lesungstext die folgenden Sätze auslässt: „Ihr sollt also wissen, meine Brüder: Durch diesen (Jesus) wird euch die Vergebung der Sünden verkündet, und in allem, worin euch das Gesetz des Mose nicht gerecht machen konnte, wird jeder, der glaubt, durch ihn gerecht gemacht“ (Apg 13, 38f.). Die Juden werden eifersüchtig, weil Paulus in der ersten Rede das Gesetz des Mose als unwirksam erklärt hat. Paulus und Barnabas antworten: „Euch musste das Wort Gottes zuerst verkündet werden. Da ihr es aber zurückstoßt, wenden wir uns jetzt zu den Heiden.“ Das ist der Übergang von der Mission unter den Juden zur Heidenmission. Christen haben darin früher einen Schuldvorwurf an die „verstockten“ (Apg 19, 9) Juden gesehen; heute wird man eher die heilsgeschichtliche Rolle der Zurückweisung des Wortes Gottes, des Evangeliums von Jesus dem Christus, durch die Juden betonen, weil sie den Heiden zur Rettung wird. Paulus schreibt: „Durch ihr Versagen kam das Heil zu den Heiden“ (Röm 11, 11). So gibt es einen Zusammenhang zwischen dem pisidischen Antiochien und dem syrischen Antiochien, dem Ort der ersten heidenchristlichen Gemeinde. Das Lamm erscheint in der Offenbarung auch in der Vision, in der der Seher zunächst die 144 000 Versiegelten „aus allen Stämmen der Söhne Israels“ (Apg 7, 4) erblickt, bevor ihm das endzeitliche Gottesvolk gezeigt wird, „die „große Schar aus allen Nationen und Stämmen, Völkern und Sprachen“. Am Ende steht die eschatologische Verheißung, in der das Lamm zum Hirten wird: „Denn das Lamm in der Mitte vor dem Thron wird sie weiden.“

Nicht revolutionär, aber teilweise unterschiedlich interpretierbar

Ein Gespräch mit Kardinal Kurt Koch vom Päpstlichen Einheitsrat über das nachsynodale Schreiben „Amoris laetitia" **VON GUIDO HORST**

Kurienkardinal Kurt Koch bewertet das jüngste Papstschreiben als Einladung und Herausforderung. Foto: KNA

Eminenz, ist „Amoris laetitiae" ein revolutionäres Schreiben des Papstes? Schlägt es ein ganz neues Kapitel auf?

Neu bei dem nachsynodalen Apostolischen Schreiben ist, wie extensiv und intensiv Papst Franziskus die Ergebnisse der beiden Vollversammlungen der Bischofssynode aufgreift und sich zu Eigen macht. Neu ist der durchgehend pastorale Grundton des ganzen Dokumentes, in dem die Lebenssituationen der Menschen heute betrachtet werden. Charakteristisch dafür ist auch, dass nicht neue kanonistische Regelungen auf universaler Ebene eingeführt werden, sondern davon ausgegangen wird, dass auf regionaler Ebene inkulturierte Lösungen gefunden werden sollen. Zudem fällt der starke Akzent auf, den Papst Franziskus auf das Gewissen und die Gewissenbildung des einzelnen Getauften legt, und zwar in der Überzeugung, dass die einzelnen Lebenssituationen sensibel betrachtet werden müssen. Dies alles ist aber nicht revolutionär. Denn Papst Franziskus ist kein Revolutionär. Er ist in erster Linie Seelsorger, steht aber ganz auf dem Boden der Glaubenslehre der katholischen Kirche und in einer großen Kontinuität mit seinen beiden Vorgängern, wie die vielen Zitationen aus dem Magisterium von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. zeigen.

Der synodale Prozess zu Ehe und Familie war auch von hitzigen Debatten geprägt. Es gab das Grundsatzreferat von Kardinal Kasper im Februar 2014, Bücher und Gegenbücher, auch von Kardinälen, zwei turbulente Synoden. Jetzt das Schlusswort des Papstes. Oder geht der Streit weiter? Etwa um die Kommunionzulassung der wiederverheirateten Geschiedenen?

Von Streit würde ich eher im Blick auf die öffentlichen Auseinandersetzungen vor den Synodenversammlungen, weniger während den Synoden selbst reden. Hier habe ich vielmehr – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine intensive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen von Ehe und Familie und ein ehrliches Ringen um glaubwürdige Antworten wahrgenommen. Das Dokument des Papstes ist zudem so einladend und zugleich herausfordernd geschrieben, dass ich hoffe, dass sich die Seelsorger und Hirten intensiv damit beschäftigen und nicht einen weiteren Streit fördern. Ein solcher scheint mir auch deshalb nicht angebracht, weil der Papst selbst die Frage der Zulassung wiederverheiratet Geschiedener zu den Sakramenten nicht in einer prinzipiellen Weise entschieden, sondern deren Beantwortung ins „Forum internum" verwiesen hat. Dennoch wird man davon ausgehen müssen, dass auch in diesem Apostolischen Schreiben verschiedene Passagen unterschiedlich interpretiert werden.

Begleiten, unterscheiden, integrieren – das sind drei Stichworte, die für das stehen, was sich Papst Franziskus für den pastoralen Umgang mit Paaren, Eheleuten und Familien wünscht. Gibt es da wirklich Defizite in der Seelsorge?

Die drei Stichworte zeigen den pastoralen Ernst, mit dem Papst Franziskus die heutigen Herausforderungen in Ehe und Familie angeht. Sie vertragen sich weder mit einer rigoristischen noch mit einer leichtfertigen Einstellung. Sie muten sowohl den einzelnen Gläubigen als auch den Seelsorgern viel zu. Jeder Seelsorger und Hirte wird sich persönlich Rechenschaft darüber geben müssen, ob und wie er sich die ernste Grundhaltung des Papstes zu eigen machen kann und wo er eventuell selbst der Hilfe bedarf, um seine pastorale Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnehmen zu können.

In Punkt 301 von „Amoris laetitia" heißt es: „Daher ist es nicht mehr möglich zu behaupten, dass alle, die in irgendeiner so genannten ‚irregulären' Situation leben, sich in einem Zustand der Todsünde befinden und die heiligmachende Gnade verloren haben." Also kann es sein, dass jemand in einer irregulären Situation, etwa in einer zweiten, zivil geschlossenen Ehe lebt, und dennoch im Stand der Gnade ist. Kann er dann zur Kommunion gehen?

Dem ganzen achten Kapitel, das überschrieben ist „Die Zerbrechlichkeit begleiten, unterscheiden und eingliedern" liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine Spannung zwischen einer objektiv schwerwiegenden, so genannt „irregulären" Situation, und der subjektiven Wahrnehmung dieser Situation durch den Betreffenden bestehen kann. Es wird Aufgabe des Seelsorgers sein müssen, in der Begleitung der Menschen diese Spannung sensibel zur Sprache zu bringen und nach einer glaubwürdigen Bewältigung dieser Situation zu suchen. Welche Konsequenzen, auch im Blick auf den Kommunionempfang, dann daraus gezogen werden können, muss sich dann erst zeigen und lässt sich nicht von vorneherein prinzipiell beantworten. Aber es versteht sich von selbst, dass in diesem pastoralen Feld viel Gewissensbildung anstehen wird.

Gibt „Amoris laetitiae" die Haltung der Mehrheit der Väter der letzten beiden Synoden wieder, so wie Sie es persönlich erlebt haben, oder ist da auch viel Eigenes des Papstes?

Nach meinen persönlichen Erfahrungen der beiden Vollversammlungen der Bischofssynode hat Papst Franziskus sehr viel von den Beratungen aufgegriffen und sich die wesentliche theologische und pastorale Ausrichtung einer großen Mehrheit der Synodenväter zu Eigen gemacht. Er hat damit das Ringen während den Synoden darum, dem Papst eine gute und möglichst konsensfähige Abschlussrelatio überreichen zu können, anerkannt. Das Apostolische Schreiben geht aber inhaltlich auch weit über die Ergebnisse der Synode hinaus und ist auch vom persönlichen Stil des Papstes geprägt, der seine großen Lebens- und Seelsorgserfahrungen eingebracht hat.

Werden jetzt viele enttäuscht sein, die sich von Papst Franziskus Änderungen der kanonischen Regeln in der Ehe- und Sexualmoral erwartet hatten?

Ent-Täuschungen sind manchmal auch das Ergebnis von Täuschungen. Denn sie haben die Ursache nicht nur bei jener Person, von der man enttäuscht ist, sondern auch in den eigenen Erwartungen, die möglicherweise von einer mangelnden Kenntnis der Person, auf die sich die Erwartungen beziehen, abhängen. Vom Papst beispielsweise zu erwarten, dass er die Glaubenslehre der katholischen Kirche ändern könnte und wollte, ist eine unrealistische Erwartung, die nur enttäuscht werden kann. Wer trotzdem enttäuscht worden ist, sollte sich nun in einer positiven Weise auf das konzentrieren, was der Papst von Hilfreichem und Weiterführendem geschrieben hat – und dies ist sehr viel.

Burke: Amoris laetitia ist Betrachtung, kein Lehramt

VON REGINA EINIG

Würzburg (DT) Der amerikanische Kardinal Leo Raymond Burke, Kardinalpatron des Malteserordens und vormaliger Präfekt der Apostolischen Signatur, hat am Dienstag in einem Beitrag für die Onlineausgabe des amerikanischen Wochenmagazins „National Catholic Register" Interpretationen des postsynodalen Papstschreibens „Amoris laetitia" verworfen, die den Text als eine Revolution innerhalb der Kirche oder eine radikale Abkehr von der geltenden Lehre über Ehe und Familie deuten. Eine solche Sichtweise stelle eine Quelle von Missverständnissen für die Gläubigen dar und provoziere möglicherweise auch einen Skandal, schreibt Kardinal Burke. Seiner Auffassung nach erweisen einseitige Auslegungen dem Dokument keinen Dienst.

Mit Nachdruck unterstreicht der Kardinal, dass „Amoris laetitia" die Frucht einer die Universalkirche repräsentierenden Bischofssynode sei. Deren Aufgabe sei es laut Canon 342 des kirchlichen Gesetzbuchs, „die enge Verbundenheit zwischen Papst und Bischöfen zu fördern und dem Papst bei Bewahrung und Wachstum von Glaube und Sitte, bei Wahrung und Festigung der kirchlichen Disziplin mit ihrem Rat hilfreich beizustehen und um Fragen bezüglich des Wirkens der Kirche in der Welt zu beraten." Kardinal Burke zufolge „würde es der Arbeit der Bischofssynode widersprechen, Verwirrung hervorzurufen hinsichtlich der kirchlichen Lehre und dem, was sie sicher bewahrt und fördert".

Der einzige Schlüssel, um „Amoris laetitia" korrekt auszulegen, besteht nach Darstellung des Kardinals in der beständigen Lehre der Kirche und ihrer Disziplin, die die kirchliche Lehre sicher bewahre und fördere. Am Anfang der Apostolischen Exhortation stelle Papst Franziskus klar, dass es sich nicht um ein lehramtliches Schreiben handele. Wörtlich heißt es in Punkt 3: „Indem ich daran erinnere, dass die Zeit mehr wert ist als der Raum, möchte ich erneut darauf hinweisen, dass nicht alle doktrinellen, moralischen oder pastoralen Diskussionen durch ein lehramtliches Eingreifen entschieden werden müssen."

Nach Kardinal Burke bestätigt auch die gesamte Form des Schreibens, dass der Heilige Vater mit „Amoris laetitia" kein lehramtliches Dokument, sondern eine Betrachtung über die Arbeit der beiden Synoden vom Herbst 2014 und 2015 vorlege. Pars pro toto zitiert der Kardinal Nr. 308 des Textes: „Ich verstehe diejenigen, die eine unerbittlichere Pastoral vorziehen, die keinen Anlass zu irgendeiner Verwirrung gibt. Doch ich glaube ehrlich, dass Jesus Christus eine Kirche möchte, die achtsam ist gegenüber dem Guten, das der Heilige Geist inmitten der Schwachheit und Hinfälligkeit verbreitet: eine Mutter, die klar ihre objektive Lehre zum Ausdruck bringt und zugleich ‚nicht auf das mögliche Gute verzichtet, auch wenn sie Gefahr läuft, sich mit dem Schlamm der Straße zu beschmutzen'".

Der Papst schlage vor, was seinem persönlichen Glauben nach Christi Wille für die Kirche sei, so Burke. Franziskus beabsichtige aber nicht, anderen seine Sichtweise aufzuzwingen oder jene zu verurteilen, die auf dem bestünden, was er als „unerbittlichere Pastoral" bezeichne.

Die Kirche habe in ihrer Geschichte sensibel auf die irreführende Tendenz reagiert, jedes Wort des Papstes als bindend für das Gewissen zu interpretieren. „Eine persönliche Betrachtung des Papstes ist zwar mit dem seiner Person gebührenden Respekt anzunehmen, aber nicht zu verwechseln mit dem verbindlichen Glauben, der dem Lehramt zukommt", so Burke wörtlich. „Die Lehre der Kirche und ihre seelsorgliche Praxis können nicht im Gegensatz zueinander stehen oder sich widersprechen", hebt der Kardinal hervor und erinnert an Punkt 890 im Katechismus, in dem es heißt: „Das Lehramt muss das Volk vor Verirrungen und Glaubensschwäche schützen und ihm die objektive Möglichkeit gewährleisten, den ursprünglichen Glauben irrtumsfrei zu bekennen. Der pastorale Auftrag des Lehramtes ist es, zu wachen, dass das Gottesvolk in der befreienden Wahrheit bleibt." Seine persönlichen Erfahrungen in der Seelsorge hätten ihn gelehrt, dass das wichtigste Zeichen des Respekts und Liebe für Gläubige, die in irregulären Verbindungen leben, darin bestehe, „ihnen die Wahrheit in Liebe zu sagen", so Kardinal Burkes Fazit.

TAGESHEILIGE: 14. APRIL

Die heilige Lidwina von Schiedam

VON REINHARD NIXDORF

Als frühester beschriebener Fall von Multipler Sklerose (MS) lässt sich die Leidensgeschichte Lidwinas, der 1380 geborenen Tochter eines holländischen Nachtwächters in Schiedam, einem Ort bei Rotterdam, interpretieren. Denn historische Texte über die Krankheit Lidwinas führen so viele für MS typische Symptome an, dass die posthume Diagnose von Multipler Sklerose plausibel ist.

Am 2. Februar 1395 stürzte Lidwina beim Schlittschuhlaufen. Aus einer Verletzung, die nicht weiter bedrohlich schien, entwickelte sich eine schwere Krankheit, die Lidwina 38 Jahre ans Bett fesselte. Die Rippenbrüche, die sich das fünfzehnjährige Mädchen zugezogen hatte, verheilten nur schlecht. Mit schubförmigen Verschlechterungen und Besserungen zeigten sich in den folgenden Jahren Symptome, die einer Erkrankung des Zentralen Nervensystems zugeschrieben werden können. Sieben Jahre lang konnte Lidwina nach dem Unfall nur ihren Kopf und den linken Arm bewegen, auf dem rechten Auge erblindete sie, vor Zahnschmerzen konnte sie kaum noch schlafen, ihr kranker Magen nahm keine feste Nahrung mehr auf. Furchtbare Geschwüre brachen am ganzen Körper der jungen Frau auf, Blut floss aus Nase und Mund.

Hatte Lidwina zu Beginn ihres Leidens noch mit ihrem Schicksal gehadert, so nahm sie mit der Zeit ihre Schmerzen an. Denn in der Betrachtung der Leiden Christi fand sie Trost, entdeckte, dass Gott an ihrer Seite steht und so suchte sie, Christus immer ähnlicher zu werden. Geduldig und demütig ertrug Lidwina alles, was ihr die damals rätselhafte Krankheit aufbürdete. Vom zwanzigsten Jahr ihres Martyriums an lebte Lidwina nur noch von der heiligen Kommunion, da sie sonst nichts mehr zu sich nehmen konnte. Immer häufiger erlebte sie Visionen.

Je mehr von den wunderbaren Vorgängen, gegen Lidwinas Willen, bekannt wurde, desto mehr Besucher kamen und erbaten ihren Rat und ihr Gebet. Viele konnte sie trösten. Lidwina konnte in die Zukunft schauen, erkannte und verstand die innersten Gedanken ihrer Besucher und erntete hohes Ansehen. Ausgezehrt und physisch schwach, geistig aber voller Freude auf das, was sie erwartete, starb Lidwina, deren Name „die vor Leid Weinende" bedeutet, am 14. April 1433 in ihrem Elternhaus in Schiedam. Nach der Legende erstrahlte ihr Leib, der 38 Jahre lang von Geschwüren bedeckt und von Fäulnis zerfressen war, nach ihrem Tod in unversehrter Schönheit und Gesundheit.

Lidwina, die schon zu Lebzeiten als Heilige galt, wurde zur Patronin der Kranken und Leidenden. Ihre Heiligsprechung erfolgte am 14. März 1890 durch Papst Leo XIII. Reliquien der Heiligen befinden sich in Schiedam und im Karmelitenkloster in Brüssel.

Darstellungen zeigen Lidwina als junges Mädchen mit offenen Haaren, bei sich hat sie Rosen oder einen Rosenzweig. Die Abbildung mit den Rosen geht auf die Legende zurück, dass Lidwinas Tod dann eintreten sollte, wenn an einem Rosenzweig, den ihr ein Schutzengel gebracht hat, alle Knospen geöffnet sind.

Kardinal Lehmann würdigt Papstschreiben

Mainz (DT/KNA) Als ein dichtes, umfangreiches und nachdenklich stimmendes Dokument, das sorgfältige Besinnung verlange, hat Kardinal Karl Lehmann das soeben von Papst Franziskus vorgelegte Schreiben „Amoris laetitia" über Ehe und Familie gewürdigt. Den darin enthaltenen Abschnitt über den Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen in der katholischen Kirche nennt Lehmann in einem am Dienstag vorab veröffentlichten Beitrag für die Mainzer Bistumszeitung „Glaube und Leben" einen „großen Wurf". Der Kardinal weist darauf hin, dass bereits im Titel dieses Abschnitts die „drei Grundhaltungen" benannt würden, auf die es dem Papst ankomme: „Die Zerbrechlichkeit begleiten, unterscheiden und eingliedern". Lehmann führt aus, der Papst verlange von allen, von den betroffenen Mitchristen, den Seelsorgern, aber auch von allen Begleitern ein intensives Mitgehen, „das weit über unsere bisherigen Fähigkeiten hinausgeht". Dies betreffe viele Aufgaben der Bischofskonferenzen, der Diözesen, der Aus- und Fortbildung. Der Papst frage sich immer wieder, so Lehmann, „ob wir diesen Aufgaben gewachsen sind". Das gelte nicht nur den Seelsorgern, sondern berühre auch die Bereitschaft aller, diesen oft mühsamen Weg mitzugehen, der auch die Umkehr einschließe.

„Und Gott sah, dass es sehr gut war“

Postsynodale Tagung über Ehesakrament und christliche Familie an der Hochschule ITI in Trumau **VON CHRISTINE WIESMÜLLER**

Trumau (DT) Das Internationale Theologische Institut (ITI) hat am Wochenende auf dem österreichischen Schloss Trumau eine Tagung über Ehe und Familie im Lichte der Synoden von 2014 und 2015 veranstaltet. Bischöfe, Theologen und Experten aus acht Ländern, darunter auch Synodenteilnehmer, waren dazu gekommen. Ein besonderes Highlight war die Präsentation der Apostolischen Exhortation „Amoris laetitia“ durch den Wiener Kardinal Christoph Schönborn, der auch Großkanzler der Hochschule ITI ist. Die neue byzantinische Kapelle der Hochschule diente als Tagungssaal. Der Ort transzendierte das gesprochene Wort durch das geschriebene der Ikonen.

„Ich sehe überall Familie“, bemerkte Kardinal Schönborn und verwies auf die leuchtenden Ikonen der Heiligen Familie im Gewölbe der Kapelle. Die Heiligen Messen am Freitag und Samstag wurden in beiden Riten gefeiert: Die römisch-katholische Messe zelebrierte Bischof Wainaina Kungu aus Kenia in der Pfarrkirche von Trumau. Bischof Andrij Gudziak von der ukrainisch-katholischen Kirche in Paris feierte in byzantinischem Ritus. Beide Bischöfe hatten auch an der Synode teilgenommen.

In seiner Einführung unterstrich Christian Alting von Geusau, der Rektor der Hochschule ITI, die Kontinuität des Magisteriums der Kirche, das kein Museumsstück sei, sondern ein lebendiges Wort, ausgelegt durch die Päpste, das uns die Wahrheit, die Christus ist, näherbringe und zu einem tieferen Verständnis dessen führe, „was es heißt, menschlich zu sein“. Das Symposium wolle zum besseren Verständnis beitragen, „um das Sakrament der Ehe und die christliche Familie in unserem Alltag wieder zu stärken.“

Das Spektrum der Vorträge sowie der Spannungsbogen von „Doktrin und Pastoral“ war weit: Bernhard Dolna, der Dekan der Hochschule ITI, nahm in seinem Beitrag Bezug auf die Genesis und entfaltete die Ebenbildlichkeit des Menschen unter dem Aspekt, dass „der Mensch ein heiliges Abbild“ sei: „Gibt es irgendetwas im Menschen, das mit Gott verglichen werden kann? Gott ist unsichtbar. Und dennoch, diese Worte beinhalten die tiefste Wahrheit darüber, wie der Mensch gemeint ist.“ Der Mensch finde perspektivisch in Christus, der Ikone des unsichtbaren Gottes, sein eigenes Ebenbild und seine Ähnlichkeit mit Gott. „Das Ebenbild ist nicht ‚etwas‘ im Menschen. Es ist der Mensch“, sagte Dolna und strich in seiner Auslegung der Schöpfungsgeschichte und des Sündenfalls heraus, dass Gott die Frau aus der Seite des Mannes genommen habe. Wenn Mann und Frau einander dienten, dann würden sie einander auch helfen, ihre Ebenbildlichkeit und ihre Ähnlichkeit mit Gott zum Leuchten zu bringen. Es sei heute besonders wichtig, die Wahrheit der übernatürlichen sakramentalen Realität der christlichen Ehe hervorzuheben, die im Ebenbild des Menschen, im Neuen Bund der Vergebung der Sünden sowie in der Quelle des Heiligen Geistes wurzle und unauflöslich sei.

Trotz des Sündenfalls bleibt der Mensch Gottes Ebenbild. Dom Sankt Mariae in Hildesheim, Bernwardstür (1015). Foto: KNA

Auf die biblischen Grundlegungen folgten psychologische Zugänge zum Verhältnis von Mann und Frau. Paul C. Vitz vom Institute for Psychological Science in Arlington (USA) zeigte in seinem Vortrag vor allem den Unterschied zwischen „Gender Reality“ und „Gender Ideologie“. Die ideologische Position ignoriere den Geschlechterunterschied, die Komplementarität von Mann und Frau. Viele empirische neurowissenschaftliche Forschungen sowie psychologische Untersuchungen würden bestätigen, dass es signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern gebe, die man nicht ignorieren dürfe.

Zum Thema „Verlangen nach dem Leben: Die ‚ursprüngliche‘ Bedeutung von Sex“ sprach der Psychiater Gintautas Vaitoska, der am ITI den Lehrgang für Ehe und Familie leitet. Er zitierte eine Headline der New York Times vom 9. April 2015: „Europa entdeckt die ursprüngliche Bedeutung von Sex wieder“. Vaitoska führte aus, dass sich eine dänische Gruppe, genannt „Sex und Gesellschaft“, nicht mehr ausschließlich damit beschäftige, wie man Schwangerschaften verhüte, sondern wie man wieder schwanger werde. Im Unterschied dazu: „Die Bedeutung von Sex sei Sex und nicht Zeugung“, zitierte der Redner einen Journalisten der New York Times. Vaitoska meinte in Anlehnung an Fulton Sheen, dass ein Mensch, der die Logik seiner „Biologie“ inkarniere, über sich hinauswachse, da er die Logik des Schöpfers seiner „Biologie“ vollziehe – und somit eine Theosis stattfinde. Das Verlangen nach dem Leben in seiner ursprünglichen und vergessenen Bedeutung von Sex, fülle den Menschen, richtig verstanden, mit dem, was es ist, mit dem Leben.

Über die eheliche Liebe in der Lehre von Johannes Paul II. referierte Graham Hutton, ITI-Vorstandsmitglied und Vorsitzender von „Kirche in Not“ in London. Er konvertierte zum Katholizismus und studierte Theologie in Oxford. Für Johannes Paul II. sei die eheliche Liebe im Schöpfungsakt selbst grundgelegt, diese würde die Liebe Christi zu seiner Kirche sakramental sichtbar machen und sei das perfekte Bild für die innere Liebe der Dreifaltigkeit. Mit Johannes Paul II. setzte sich auch Pater John Saward von der Oxford University auseinander: „Gerade seine physische Zerbrechlichkeit machte eine Art ‚Theologie des Leibes‘ sichtbar.“ Vor allem während seines letzten Lebensjahres wurde der Papst nicht müde, so der Referent, die Untrennbarkeit von Barmherzigkeit und Wahrheit zu betonen.

Michaela Hastetter, Gründungsmitglied des neuen Schülerkreises Joseph Ratzinger, referierte über divergierende Tendenzen in der Ehepastoral. In ihren Ausführungen nahm sie zu den modernen Strömungen einer „Theologie des Versagens“ Stellung. Die Ehepastoral sei in ihrer Tiefe eine Pastoral des Glaubens. Die Krise des Glaubens habe die Krise der Ehe erfasst. Eine Erneuerung der Ehepastoral müsse Hand in Hand gehen mit einer Erneuerung des Glaubens.

Neben der westlichen Perspektive war den Organisatoren der Tagung ein „Hauch von Weltkirche“ wichtig. So betonte Bischof Kungu in seinem Referat die enorme gesellschaftliche Vielfalt und ihre Auswirkungen auf die christliche Familie. Die kenianische Gesellschaft habe über 40 ethnische Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen und Traditionen. Sein Hauptaugenmerk liege auf der Förderung und Pflege einer christlichen Familienkultur. In seiner Diözese habe er ein spezielles Bildungsprogramm ins Leben gerufen, das in erster Linie auf die Erziehung der Kinder fokussiere. Er sagte, es kämen mehr als 15 000 Kinder, wenn er in seiner Diözese den „Pontifical Missionary Childhood Day“ zelebriere. Über die verheerende Situation im Libanon, speziell in den Flüchtlingslagern, berichtete Jocelyne Khoueriy. Sie leitet das John Paul II Center in Beirut und ist Mitglied des Komitees für Ehe und Familie der libanesischen Bischofskonferenz.

Das ITI mit seinem Schwerpunkt Ehe und Familie wurde von Kardinal Schönborn aufgeforderte, das päpstliche Schreiben „Amoris laetitia“ in ihr Curriculum aufzunehmen und eingehend zu studieren. Bei einer Schlussrunde wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie man Ehe und Familie weiter stützen könnte. Einer davon war die Etablierung eines eigenen kirchlichen Familienministeriums.

Religionsführer in Wien für Kampf gegen Hass

Wien (DT/KAP) Bischöfe, Rabbiner, Imame und weitere Religionsführer haben am Montag bei einem interreligiösen Gipfel des KAICIID-Zentrums in Wien für den stärkeren Einsatz religiöser Autoritäten gegen Vorurteile, Hass und Gewalt plädiert. Anlass war die Jahresversammlung des „Advisory Board“ des von Saudi-Arabien, Spanien und Österreich getragenen König-Abdullah-Zentrums. Der Vatikan war durch den neuen Kurienbischof Miguel Angel Guixot Ayuso vertreten, der im Päpstlichen Dialograt tätig ist und den Heiligen Stuhl im Vorstand des KAICIID vertritt. Der Bischof von Sokoto in Nigeria, Matthew Kuka, rief zu mehr Treffen an heiligen Orten – in Kirchen und Moscheen – auf. Es hapere diesbezüglich allerdings noch bei den Muslimen, weil sie die Einladungen oft nicht annähmen. Der Bischof von Vasai in Indien, Felix Machado, verwies auf das Engagement der Kirche in Südasien, wo die religiöse Intoleranz allerdings im Zunehmen sei. Der Beauftragte für den Dialog des israelischen Großrabbinats, Rabbiner David Rosen, sagte, Papst Franziskus zeige, was Religion im Positiven leisten könne. Viele Menschen, auch außerhalb der katholischen Kirche, bewunderten den Papst. Das zeige, dass Menschen Symbole für ihre Sehnsüchte und Hoffnungen brauchten. Der Blick auf den Papst zeige, dass Religionsführer in viel stärkerem Maß als bisher aus ihren Gemeinschaften hinausgehen müssten in die Welt. Der libanesische sunnitische Dialogberater Mohammed Sammak warnte davor, dass ein religiös „monistischer“ Naher Osten zu entstehen drohe, wenn die Emigration der Christen nicht aufhöre. Der Nahe Osten brauche das Christentum, so Sammak. Es sei eine falsche Meinung, dass die alte islamische Kultur eine in religiöser Hinsicht „reine“, exklusiv islamische gewesen sei. Vielmehr seien Juden, Christen und Muslime an dieser Kultur beteiligt gewesen.

Geistliche Grundlagenforschung

Susanne Niemeyer bereitet Schätze der Spiritualitätsgeschichte zeitgemäß auf **VON KORDULA KRANZDORF**

Wer dieses Buch zur Hand nimmt, begibt sich auf eine ungewöhnliche Entdeckungsreise im Alltag. „Was würde es für einen Mittwoch im Februar bedeuten, wenn es Gott gäbe? Und was für den Rest des Lebens?“ Diese Fragen stellt sich die Autorin Susanne Niemeyer und buchstabiert mögliche Antworten durch – aber nicht allein für sich selbst. Ihr Buch „Damit wir klug werden – 100 Experimente mit Gott“ will dazu einladen mitzumachen, mitzudenken und selbst Antworten zu geben. Dabei gibt es nicht die eine Antwort, die für alle richtig ist, sondern es gilt, die eigene Antwort zu finden.

Entfernt von jeglicher Art des Relativismus geht es Susanne Niemeyer darum, dem Glauben in unserem Alltag eine Chance zu geben. Dafür braucht es allein den eigenen Kopf zum Denken, einen Stift zum Schreiben und die Neugier, sich auf die vorgeschlagenen Experimente einzulassen. „Experimente mit Gott?“ – mag da wohl der ein oder andere kritisch zurückfragen und sich an die Versuchsaufbauten aus dem Physikunterricht erinnern. Jedoch anders als in der Schulzeit kann es hier keine missglückten Versuche zu den zu überprüfenden Hypothesen geben. Es geht eher darum sich auf die Fragen einzulassen, sich in die Situation hineinzubegeben und sich vom Ergebnis auch selbst überraschen zu lassen, ja Grundlagenforschung im eigenen Leben zu betreiben.

Alphabetisch geben hundert Schlagworte den Weg vor: Abenteuer, Danke, Ebenbild, Erlösung, Herz, Schlaf, Schöpfung, Tod, Verheißung und wertvoll, um nur einige zu nennen. Hinter jedem dieser Worte steckt ein dazugehöriges Experiment, welches mit Zeichnungen, einer kurzen Geschichte, Aphorismen oder einem Bibelzitat dem Leser die Augen für das hier und jetzt und damit für die Begegnung mit Gott im eigenen Leben öffnen will.

Poetisch, feinfühlig und manchmal auch ein wenig provokant geht die Autorin dabei vor, um den Leser aus dem Trott des Alltags herauszuheben: „Setz dich irgendwo hin. Sieh dich um. Stell dir fünf Minuten lang vor, an diesem Ort sei Gott (auch wenn du das eigentlich nicht glaubst). Dann stell dir fünf Minuten lang vor, an diesem Ort sei kein Gott (auch wenn du das eigentlich nicht glaubst). Gibt es einen Unterschied?“

> „Ignatius rät in seinen Exerzitien ebenfalls dazu, sich in die Todesstunde zu versetzen“

Die Autorin schöpft für ihre Experimente aus den Quellen der Spiritualitätsgeschichte und weiß diese Schätze phantasievoll, humorvoll und tiefgründig in einer zeitgemäßen Form wiederzugeben. Dabei scheut sie auch unbequeme Themen nicht. Niemeyer tut dies nicht auf schwergewichtige Weise, sondern leichtfüßig und mit einem Augenzwinkern.

Die Menschen neigen dazu, der Auseinandersetzung mit der eigenen Endlichkeit aus dem Weg zu gehen; will man jedoch wissen, was einem wirklich wichtig ist, so erweist sich diese Auseinandersetzung als äußerst hilfreich oder biblisch gesprochen: „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, damit wir klug werden“ (Ps 90, 12). Der heilige Ignatius rät in seinen Exerzitien ebenfalls dazu, sich in die Todesstunde zu versetzen, um aus dieser Perspektive das eigene Leben zu betrachten, denn auf diese Weise treten die Dinge, die es uns wirklich Wert sind, dafür zu leben, deutlicher vor Augen und erleichtern es, sie von den anderen zu unterscheiden. Grundentscheidungen und Entscheidungen im Alltag gehören dabei zusammen. So stellt die Autorin ihren Lesern auch die Frage: „Was tust du, damit du bist, wer du gewesen sein willst, wenn du nicht mehr da bist?“ Eine große Frage, die kleine Antworten zulässt, ja Mut macht, diese kleinen, aber so gewichtigen Antworten im Alltag zu leben.

Der Leser wird eingeladen, den eigenen Blickwinkel zu überprüfen. Wie denke ich selbst von mir und meinem Leben? Und was würde Gott über mein Leben sagen? Niemeyers Experimente helfen dabei ein wenig, mehr die eigenen Vorlieben zu entdecken und aufmerksam für die kleinen Dinge im Leben zu werden, die es doch so unendlich schön und wertvoll machen. Sie heben die Banalität des Gewöhnlichen auf und zeigen, dass darin doch oftmals das Außergewöhnliche liegt.

Das Buch möchte anstiften, die kleinen Dinge in den Blick zu nehmen, auf Gott im eigenen Leben aufmerksam zu werden und auch andere darauf aufmerksam zu machen, weil Gott mittendrin in unserem Leben ist und das jeden Tag unseres Lebens aufs Neue. Es lohnt sich also, auf Gott zu achten.

Susanne Niemeyer: Damit wir klug werden – 100 Experimente mit Gott. Kreuz Verlag 2015, 157 Seiten, EUR 14,99

VERANSTALTUNGEN

„Herzklopfen“: Wallfahrt am Weltgebetstag um geistliche Berufe

Die Kirche begeht am 17. April den Weltgebetstag um geistliche Berufe. Im Eichsfeld findet an diesem Sonntag eine Wallfahrt unter dem Leitwort „Herzklopfen“ statt. Sie beginnt um 14 Uhr mit einer Aussendung in der Kirche St. Cosmas und Damian in Silberhausen und führt zum Familienzentrum „Kerbscher Berg“ in Dingelstädt, wo um 16 Uhr eine Vesper, das Abendgebet der Kirche, gesungen wird. Der Vesper steht Bischof Ulrich Neymeyr vor. An zwei Stationen auf dem Wallfahrtsweg legen eine Ordensschwester und ein Diakon ein Glaubenszeugnis ab und erzählen von ihrem Lebensweg. Unterwegs gibt es außerdem die Möglichkeit zum gemeinsamen Gespräch, Gebet, Schweigen und Singen. Die Wallfahrt klingt mit einem Kaffeetrinken aus. Danach werden die Wallfahrer per Pendelverkehr wieder zu ihren Fahrzeugen nach Silberhausen zurückgebracht.

Ansprechpartner für Rückfragen: Subregens Egon Bierschenk, Regional-Priesterseminar Erfurt Tel. 03 61/59 73 105 und 01 76 /87 10 47 47

Schwäbische Kleintiersegnung in Maria Vesperbild

Auf Wunsch einiger schwäbischer Züchter findet in Maria Vesperbild auf dem Kirchenvorplatz vor dem Pilgerhaus am 17. April eine Kleintiersegnung statt. Beginn: nach dem Pilgeramt, das um 10.15 Uhr beginnt, also ca. 11 Uhr. Die Tierhalter werden mit ihren Tieren einzeln gesegnet. Damit soll auch die Bedeutung der Kleintiere für die Psychohygiene betont werden. Die Tierhalter sollen an ihre Verantwortung erinnert werden, Tiere sind eben auch Geschöpfe Gottes!

www.maria-vesperbild.de

Mauern und Zäune niederreißen

In einer Botschaft an eine Friedens-Konferenz spricht der Papst erneut vom „Weltkrieg in Etappen" **VON GUIDO HORST**

Rom (DT) Papst Franziskus hat wieder von einem Dritten Weltkrieg gesprochen. Er tat das in einer Botschaft an die Teilnehmer einer dreitägigen Konferenz zum Thema „Gewaltlosigkeit und gerechter Krieg", die Pax Christi International in Zusammenarbeit mit dem Päpstlichen Rat „Iustitia et Pax" und dem „Catholic Peacebuilding Network" bis gestern in Rom veranstaltet hat. „Um Wege zur Lösung dieses einzigartigen und schrecklichen ‚Weltkriegs in Etappen' zu finden, den in unseren Tagen ein großer Teil der Menschheit in direkter und indirekter Weise durchlebt, muss man die Gründe wiederentdecken, die im vergangenen Jahrhundert die Söhne einer noch christlichen Gesellschaft dazu bewogen, die Bewegung Pax Christi und den Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Friede ins Leben zu rufen", heißt es in der Botschaft von Papst Franziskus. Der Austausch zwischen Menschen, die Versöhnung zwischen Völkern und der Einsatz für die Gerechtigkeit seien die drei wichtigsten Schritte, um den gegenwärtigen Weltkrieg zu überwinden.

Papst Franziskus rief dazu auf, Mauern und Zäune, die heute Realitäten seien, niederzureißen. Der Papst sprach von einer „Mauer der Gleichgültigkeit", die Menschen voneinander trenne. Die Gleichgültigkeit sei heute das größte Hindernis für Gerechtigkeit und Frieden. Zurzeit sei das Wort von den „Mauern und Zäunen" nicht mehr etwas bloß Bildliches, sondern „traurige Realität", meint Franziskus weiter, der am Samstag nach Lesbos fliegt, um gemeinsam mit dem orthodoxen Patriarchen Bartholomaios I. die in Griechenland festsitzenden Flüchtlinge zu besuchen.

Auch die Abschaffung der Todesstrafe spricht Franziskus in der Ansprache an. „Groß ist unsere Welt, aber auch komplex und gewalttätig", schreibt der Papst. Wer Frieden schaffen wolle, müsse für die totale Abschaffung der Waffen, die Beseitigung von Ängsten und die Förderung des Dialogs einstehen, so Franziskus weiter. Im Mittelpunkt müsse immer das Allgemeinwohl stehen. Einen wichtigen Beitrag leiste die Diplomatie, die deshalb besonderer Unterstützung bedürfe, fügte Franziskus an. Auch die Amnestie und die Überwindung von Staatsschulden für ärmere Länder zählte Franziskus unter die Prioritäten, um Frieden zu schaffen

Ziel der nicht öffentlichen Konferenz ist es unter anderem, den Begriff vom „gerechten Krieg" auf den Prüfstand zu stellen. Das Konzept vom „gerechten Krieg" sei seit Jahrhunderten Teil der katholischen Lehre, werde aber von Moraltheologen zunehmend kritisch gesehen, teilten die Veranstalter im Vorfeld in einer Aussendung mit. „Die Kirche entfernt sich von der Vorstellung, es sei akzeptabel, einen Krieg ‚gerecht' zu nennen."

Stattdessen will die Konferenz einen alternativen ethischen Rahmen in den Blick nehmen. Die Teilnehmer sollen überdies eine klarere, neu von der Heiligen Schrift ausgehende katholische Lehre zur Gewaltlosigkeit entwickeln und einen Aktionsplan entwerfen, mit dem die Lehre vom „gerechten Frieden" in Seminaren, katholischen Einrichtungen und Diözesen andocken kann. Eine Teilnehmerliste für die Konferenz wurde bisher noch nicht veröffentlicht.

Papst kritisiert „höfliche" Christenverfolgung

Vatikanstadt (DT/KNA) Papst Franziskus hat neue Arten der Christenverfolgung kritisiert. Dazu gehöre etwa der „kulturelle Ausschluss" von Christen aus der Gesellschaft, sagte der Papst laut einem Bericht von Radio Vatikan am Dienstag bei der Morgenmesse. „Ich denke hierbei an jene Verfolgungen, bei denen ein Mensch nicht wegen seiner Bezeugung des Namens Christi verfolgt wird, sondern weil er die Werte des Gottessohnes vertreten will", wird das Kirchenoberhaupt zitiert. Franziskus bezeichnete dieses Phänomen demnach mit ironischem Unterton als „höfliche" Verfolgung. Diese trete oft „verkleidet als Kultur, Modernität oder Fortschritt" auf, und es werde nur wenig darüber gesprochen. Zur „höflichen" Verfolgung führte der Papst den Angaben zufolge aus: Die Mächtigen machten Gesetze, „und eine Nation, die jenen sogenannten modernen und aufgeklärten Gesetzen nicht folgt oder sie nicht in ihrer Gesetzgebung haben will, wird angeklagt und auf höfliche Weise verfolgt". Diese Art der Verfolgung raube dem Menschen seine Freiheit – „auch diejenige der Ablehnung aus Gewissensgründen". Der Papst sagte laut Radio Vatikan weiter, dass die Verfolgung der Christen, auf welche Art auch immer, das „tägliche Brot der Kirche" sei. Franziskus habe an das Martyrium des Heiligen Stephanus und an das heutiger Christen erinnert, wobei er konkret die Opfer des Attentats von Pakistan vor drei Wochen genannt habe. „Auf diese Weise geht die Kirche voran, mit ihren Märtyrern", zitiert ihn der Sender.

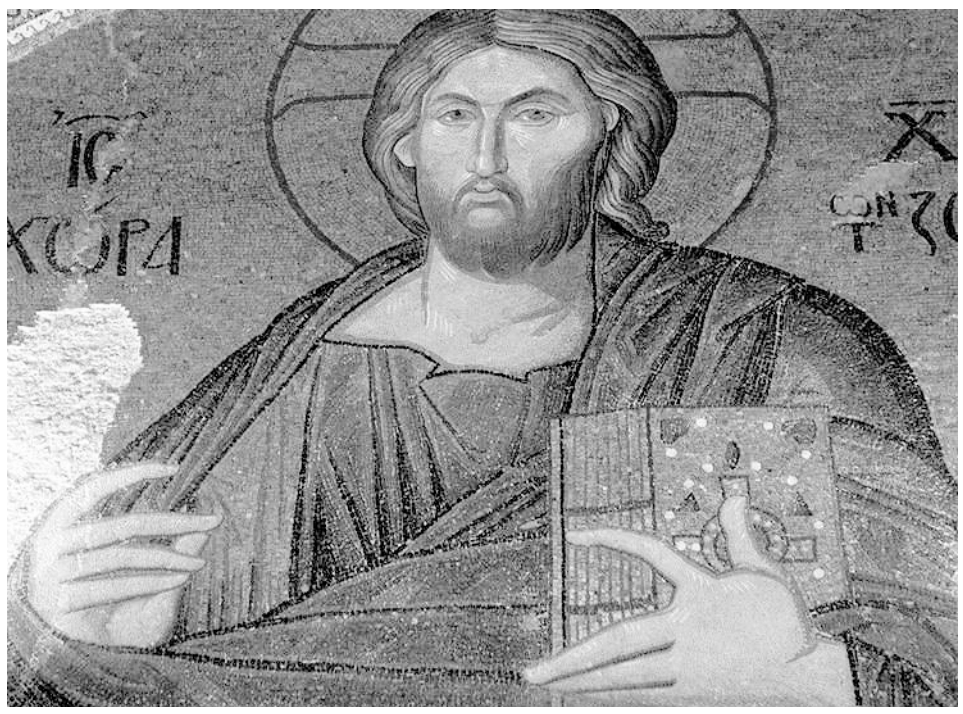
Auf der Seite der Verlierer

Wie ist Gott? Der Allmächtige – „Tagespost"-Serie zum Heiligen Jahr (Teil IV)
VON KLAUS BERGER

In der Generation der jetzt Lebenden hat die „Allmacht" Gottes einen höchst verdächtigen Beigeschmack. Das betrifft vor allem den „allmächtigen Vater" des Credos. Keine Feministin konnte frohen Herzes diese beiden Worte sprechen. Das biblische Gottesbild war und ist hier belastet durch den jeweils umfassenden Machtanspruch väterlicher Gewalt, wie man ihn in den jeweils anderen Kulturen wahrzunehmen scheint.

Für Preußen, dem Musterland des Patriarchalismus, wurde dieses dargestellt in dem historischen Roman von Jochen Klepper „Der Vater" (über Friedrich Wilhelm I. 1938): Der tyrannische Patriarch also, der Frau und Kinder verprügelt, der bedient und betrogen werden will – das ist der sich allmächtig dünkende Vater, der in Wahrheit doch gar nicht mächtig, sondern erbärmlich ist. Aber man geht noch weiter: Der grundsätzliche Verdacht betrifft jegliche Gewalt und Macht überhaupt. Daher konnten auch viele Zeitgenossen einen Papst, der seines Amtes und aller Macht entsagte, diesen erst seit seinem Rücktritt schätzen, ja, dieser wurde als seine größte Tat bewertet. Und so hätte man es auch gerne vom Herrgott, dass er nämlich seit der Menschwerdung der freiwillig Ohnmächtige sei, so dass man noch nicht einmal von einem Glauben reden dürfe, der doch „die Welt besiegt".

Nein, gesiegt wird hier nicht. Gott ist auf die Seite der Verlierer getreten. Und so ist auch die innerweltliche Selbstwahrnehmung besonders der evangelischen Kirchen. Denn wer behauptet, wie ohnmächtig er sei, der ist jeder historischen Schuld und aller versteckten Tyrannei unverdächtig. Ein schöner Schein! Hinzukommt, dass man sich oft der Illusion hingibt, eine erdrückende Liebe sei das Gegenteil von Tyrannei.



Pantokrator. Fresko in der Kirche des byzantinischen Chora-Klosters, Kariye Camii (14. Jahrhundert) in Istanbul. Foto: KNA

In den deutschen Bibelübersetzungen ist das Wort „allmächtig" eine zumeist irreführende Wiedergabe des griechischen Wortes „Pantokrator". Das Bild, das dieses Wort wachruft, ist freilich ein anderes als das des blutigen Tyrannen. Der Bildtypus Pantokrator, der oft auch durch dieses griechische Wort erläutert wird, zeigt einen Herrscher ohne Attribute seiner Macht (Krone, Schwert), der sich nicht verschanzt. sondern die Arme weit ausbreitet, der ernst, aber nicht böse und verkniffen dreinschaut, zu dessen Füßen sich die Gemeinde zum Singen, aber nicht zum Gemetzel versammelt. Kurzum, ein Herrscher, der Autorität besitzt, das aber nicht in jedem Satz sagen muss, sondern der majestätisch und zugleich verheißungsvoll sagt: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben." Denn wenn der thronende Pantokrator ein Buch in der Hand hält, dann steht dieses Wort im Johannesevangelium 14, 6. Gewiss, es ist ein Herrscher, der sich da vorstellt, einer, dessen Reich in die letzten Winkel durchdringen will. So wie der römische Kaiser, der allmächtige hieß, weil er bis in den letzten Winkel Germaniens hin respektiert werden wollte. Das geschah, indem man Steuern zahlte und das römische Recht gelten ließ. Allmacht hatte aber nicht das Attribut, das wir oft damit verbinden: Als könnte der Pantokrator, wenn er nur wollte, die Welt und ihre Ordnung auf den Kopf stellen. Letzteres gerade nicht, denn Chaos und Tyrannei, Unrecht und Mord waren nie Attribute von Macht, sondern das Gegenteil.

So möchte ich die biblische Allmacht Gottes, wenn wir schon dieses missverständliche Wort dafür wählen, mit Johannes 14, 6 erklären. Wir geben Gott diese Attribute, weil wir die wahre Macht nicht dem Hau-Ruck, sondern dem Weg zuschreiben. Denn wer vom Weg redet, der hat sehr viel Hoffnung, dass sich für alles ein Weg finden lässt. Gerade bei Politikern ist dieses wirkliche Weisheit, denn jeder Weg, der sich finden lässt, ist ein Vermeiden von Gewalt. Hass und Krieg. „Herr, lass uns wieder einen König sehen, bevor die Welt die Könige vergisst. Denn sonst vermögen wir nicht zu verstehen, nach welchem Maß du deine Ordnung misst" (Jochen Klepper).

Wir nennen Gott die Wahrheit, weil wir meinen, dass sich die Wahrheit und mit ihr die Gerechtigkeit durchsetzen wird, so wie es von dem weißen Reiter im sechsten Kapitel der Apokalypse heißt, dass er immer weiter vordringe. Und wir nennen Gott Leben, weil in Wirklichkeit nur das Leben, das Gottes Segen hat, Bestand haben kann, dieses aber wirklich. Bekanntlich gibt es neben Christentum, Judentum und Islam eine entfernt biblische Religion, die sich auf Johannes den Täufer beruft, den im Irak beheimateten Mandäismus. Einer seiner Hauptsätze heißt: „Und das Leben ist siegreich". Anschaulich wird dieser Satz, wenn im norddeutschen Gebirge des Harzes an steinigen Steilhängen das Leben in Gestalt einer grünen Pflanze sich einnistet, die oft genug wieder alles Erwarten zum Baum wird. Genau das ist die Macht des Lebens und eine Spur des Segens Gottes. Da es eine Ahnung davon vermittelt, wer und wie Gott ist. Und im Bild des Herrn des Lebens, der selbst im Steinbruch Bäume wachsen lässt, kommen der Erbarmer und der Allmächtige zusammen.

Vatikan-Konferenz würdigt Sozialenzykliken

Vatikanstadt (DT/KAP) Mit einer hochkarätigen Konferenz der Päpstlichen Akademie für die Sozialwissenschaften (Päpstliche Sozialakademie) begeht der Vatikan am Freitag/Samstag das Doppeljubiläum der Sozialenzykliken „Rerum novarum" (125 Jahre) und „Centesimus annus" (25 Jahre). „Centesimus annus" stammt von Johannes Paul II. und wurde am 1. Mai 1991 zum 100. Jahrestag der bahnbrechenden ersten Sozialenzyklika, „Rerum novarum" von Leo XIII., veröffentlicht. Unter der Leitung der Präsidentin der Päpstlichen Sozialakademie, Margaret Archer, und des Akademie-Kanzlers Bischof Marcelo Sanchez Sorondo, referieren bei der Tagung mit dem Titel „Centesimus Annus 25 Years Later" mehr als 20 Experten im vatikanischen Tagungszentrum „Casina Pio IV" über eine neue soziale und ökonomische Politik in der Nach-Finanzkrisenzeit. Aus Österreich nimmt Akademie-Ehrenmitglied Herbert Schambeck teil. Unter den Referenten sind auch drei prononcierte Vertreter einer linken Politik, und zwar die Präsidenten von Bolivien und Ecuador, Evo Morales und Raffael Correa, sowie der demokratische US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders. Internationale Bekanntheit genießen auch die ebenfalls bei der Tagung referierenden Wissenschaftler Jeffrey Sachs (Earth-Institute-Leiter an der Columbia-Universität) und Jose Casanova (Berkley Center for Religion, Peace & World Affairs). Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa kommt wie mehrere weitere Referenten aus der Katholischen Soziallehre. Er studierte unter anderem an der Katholischen Universität Löwen. Er gilt als Linkspopulist und Vertreter eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" mit religiös-befreiungstheologischem Einschlag. Das größte mediale Interesse gilt allerdings Bernie Sanders. Die Konferenz im Vatikan, zu der er persönlich von Bischof Sanchez Sorondo eingeladen wurde – was für Wirbel sorgte –, findet kurz vor der wichtigen Vorwahl am 19. April in New York statt, bei der Sanders gegen Hillary Clinton antritt. Einen Termin für eine Begegnung mit Papst Franziskus führt das Tagungsprogramm der Akademie nicht an. Sanders sagte am Wochenende im Sender MSNBC, er sei „ein großer, großer Fan des Papstes". Der Präsidentschaftsbewerber weiter: „Natürlich gibt es Bereiche, wo wir uneins sind: Frauenrechte und Schwulenrechte." Franziskus habe aber „eine unglaubliche Rolle" mit Blick auf Wirtschaftsethik.

www.pass.va/content/scienzesociali/en.html

„Dämonen sind unglaublich gewieft"

Ein „Grundkurs Exorzismus" an der Päpstlichen Hochschule „Regina Apostolorum" in Rom **VON STEFANIE STAHLHOFEN**

Rom (DT/KNA) Wer mehr über düstere Mächte und ihre Bekämpfung erfahren möchte, ist hier richtig. Bereits zum elften Mal fand an der Päpstlichen Hochschule „Regina Apostolorum" ein „Grundkurs Exorzismus" statt. Veranstalter war das für die Priesterausbildung zuständige hochschuleigene Institut „Sacerdos". „Exorzismus ist keine Show", betont Professor Paolo Morocutti, seit einigen Jahren für die theologische und liturgische Ausbildung von Exorzisten zuständig. „Hinter den Ritualen steckt die Kraft der ganzen Kirche und das ist kein Spaß", so der Geistliche. Ausdrücklich warnte er davor, dass Laien versuchten, exorzistische Riten auszuführen oder auch Geistliche, denen Ausbildung und offizielle Beauftragung fehlten. Das könne großen Schaden anrichten.

Eine Woche lang beschäftigten sich mehr als zweihundert Priester, Ordensleute, Laien und ausgebildete Exorzisten aus 35 Ländern mit Teufelsaustreibungen, Dämonen und sogenannten Befreiungsgebeten. Der sechstägige Kurs beleuchtete ein breites Themenspektrum: vom Exorzismus in Islam und Judentum über Engel und Dämonen in der Bibel bis hin zu psychologischen und rechtlichen Aspekten. Morocutti, der auch an der katholischen Universität Italiens Fundamentaltheologie sowie Psychologie unterrichtet, kann sich darüber empören, dass es Bischöfe gebe, die mit der Begründung „daran glaube ich nicht" in ihren Bistümern keine Exorzisten ernennen wollten. Die etwa 200 Exorzisten, die es in Italien gebe, reichten längst nicht aus – „auch wenn zum Glück wenige Bistümer ohne Exorzisten sind".

In Deutschland gibt es gar nur in sieben der 27 Bistümer einen Exorzisten. Ein Exorzist darf immer nur in seinem eigenen Bistum tätig werden; daher sei es problematisch, wenn einige Bischöfe keine Exorzisten ernennen. Betroffene müssten dann andernorts Hilfe suchen. Auch das ist aus Sicht Morocuttis letztlich ein Werk des Teufels, der Zwietracht säe und zu spalten versuche. Dämonen seien eben „unglaublich gewieft", so der Theologe. Das Bild, das manche Filme vom Exorzismus vermittelten, wecke oft falsche Vorstellungen, sagt der Fachmann. „Ein Film ist ein Film und kann nie die Realität in all ihrer Komplexität zeigen." Viele Menschen suchten auch auf dubiosen Internetseiten und bei Scharlatanen Rat; das könne oft gefährlich sein. Wichtig sei, betroffene Personen ernst zu nehmen, ihnen zuzuhören und für sie zu beten.

Doch wie lässt sich klären, ob Leute besessen sind oder nicht? Darüber informierte der Kölner Prälat Helmut Moll in seinem Vortrag über „Die Kriterien zur Bestimmung dämonischer Besessenheit". Der Professor für Hagiographie (Heiligenleben) sprach zudem darüber, wie Wüstenväter und Heilige auf teuflische Versuchungen reagierten. Moll nannte vier Punkte, die die katholische Kirche zur Feststellung von Besessenheit festgeschrieben hat: flüssiges Sprechen in einer fremden Sprache; Ereignisse der Vergangenheit oder Zukunft offenbaren können; Besitz übermenschlicher Kräfte und als viertes Gottesferne und Abneigung gegenüber allem, was Gott symbolisiert – etwa das Zurückweichen vor Kreuzen.

Morocutti berichtete von einem Fall, bei dem ein Exorzist, der gerade erst seine Beauftragung bekommen hatte, von der besessenen Person mit den Worten „Ah, hast du jetzt also deinen Schein" begrüßt worden sei. „Der Teufel wusste das also", so der Theologe – denn die betreffende Person habe das nicht wissen können. Doch es gibt auch andere Fälle. „Teilweise sind die Menschen psychisch labil; das ist dann beispielsweise Sache für einen Arzt oder Psychotherapeuten", erklärte Moll. Nach seiner Einschätzung ist etwa jeder zweite kein Fall für den Exorzisten.

Das „Buch der Narren“

Ein Verzeichnis und seine Geschichte: In diesem Jahr wird das Telefonbuch 135 Jahre alt **VON CARL-HEINZ PIERK**

Auch das Telefonbuch hat klein angefangen: Am 14. Juli 1881 erschien in Berlin das erste amtliche Fernsprechbuch – das „Verzeichnis der bei der Fernsprecheinrichtung Betheiligten“. Im Volksmund wurde das erste Telefonbuch Deutschlands auch „Buch der Narren“ genannt, weil sich die Menschen auf der Straße über die ersten deutschen Teilnehmer lustig machten, die auf diesen „Schwindel aus Amerika“ hereingefallen waren. Dieses Verzeichnis enthielt 185 Einträge, alphabetisch sortiert und aufgeteilt in vier Spalten mit Nummer, Namen oder Firmennennung, der „Bezeichnung des Standes oder Geschäftszweiges“ sowie der Adresse von „Wohnung oder Geschäftslokal“. Abgedruckt war auch eine „Anweisung zur Benutzung der Fernsprecheinrichtung“. Sie lautete: „Zu einer guten Verständigung ist kein sehr lautes, wohl aber ein deutliches und nicht zu langsames Sprechen erforderlich.“ Zugleich gab es die Empfehlung, was zu tun ist, wenn „Theilnehmer A mit Theilnehmer B“ sprechen möchte und sich die Dame von der Vermittlung meldet: „Hier Amt, was beliebt?“ Die Teilnehmer wurden vom „Fräulein der Vermittlung“ per „Stöpsel“ in einer mechanischen Schaltzentrale untereinander verbunden.

Pionier der Telefonie war Heinrich von Stephan. Er wurde 1870 von Bismarck zum Generalpostmeister der Norddeutschen Bundespostverwaltung und nach der Reichsgründung zum Reichspostmeister ernannt. Im Oktober 1877 las Stephan in der Wochenzeitschrift „Scientific American“ einen Bericht über „Bell’s New Telephone“. Alexander Graham Bell hatte 1876 das von ihm entwickelte elektromagnetische Telefon zum ersten Mal außerhalb seines Labors in Boston, auf einer Versuchsstrecke von 8,5 Kilometern Länge erprobt.

Der Reichspostmeister war von dem wissenschaftlichen Bericht so fasziniert, dass er einen Satz Bell-Telefongeräte anforderte. Er schrieb, so ist Dokumenten des Deutschen Telefon Museums in Morbach/Hunsrück zu entnehmen, am 18. Oktober 1877 folgende Zeilen an den Elektriker der nordamerikanischen Telegrafengesellschaft Western Union Telegraph Company, Georg B. Prescott: „Ich bitte Sie, mir einen Satz des Bell-Apparats käuflich zu überlassen und mir mitzuteilen, ob Sie schon Versuche damit angestellt haben und wie sie ausgefallen sind.“

Aufgelistet: Die Blütezeit des gedruckten Verzeichnisses ist vorbei. Foto: dpa

Bereits am 24. Oktober 1877 erhielt Stephan von dem aus Hannover stammenden Leiter des Londoner Haupttelegrafenamtes zwei Bell-Telefone. Sofort ließ Stephan Versuche anstellen, die zu seiner vollsten Zufriedenheit ausfielen. Im November 1877 wurde die erste kleine Telegrafenanstalt mit Fernsprechbetrieb in Friedrichsberg bei Berlin in Betrieb genommen. Von Stephan ließ zunächst kleinere Telegrafenstationen mit Fernsprechern ausstatten, da Telegrafen und berittene Kuriere zu teuer waren. Heinrich von Stephan bat den Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai um die Zustimmung, die Dächer der Berliner Häuser als Stützpunkte für eine Stadtfernsprechanlage benutzen zu dürfen. Aber der Magistrat wie auch die Bürger Berlins waren zunächst hiervon nicht begeistert. In einem handgeschriebenen Brief über das Wesen des Telefons und der Ergebnisse der bereits erfolgten Versuche teilte Heinrich von Stephan am 9. November 1877 dem Fürsten von Bismarck seine Absichten mit, wie er den Apparat zu verwerten gedenke. Drei Tage später, am 12. November, wurde Heinrich von Stephan zu Kaiser Wilhelm befohlen, um ihm das erste Telefon aus deutscher Fertigung vorzuführen. Der Telefon-Pionier stellte in einem entfernt gelegenen Raum einen Violinspieler an einem Apparat auf. Als der Kaiser an seinen Telefonapparat trat und die Violine hörte, war er höchst erstaunt und sagte: „Es ist Ihr Glück, Stephan, dass Sie das nicht vor vier Jahrhunderten erfunden haben, sonst wären Sie als Hexenmeister verbrannt worden.“

Im Todesjahr Stephans, 1897, wurden in neun großen Fernsprechämtern in Berlin 170 Millionen Gespräche vermittelt, davon 20 Millionen Ferngespräche nach den von Berlin zu erreichenden 380 Orten. Drei Jahre später hatte Berlin mehr Fernsprechanschlüsse als ganz Frankreich und übertraf sogar London sowie New York.

Obwohl es zunächst als reines Verzeichnis gedacht war, erschien bereits 1897 die erste Werbeanzeige im Kölner „Telephon-Teilnehmer-Verzeichnis“. Das Telefonbuch wurde zum Informations- und Werbemedium. Durch seine Auslieferung als „Amtliches Fernsprechbuch“ an alle Fernsprechteilnehmer erreichte es in den 1970er-Jahren eine massenhafte Verbreitung in deutschen Haushalten. Seit der Privatisierung in den 1980er-Jahren ist es als „Telefonbuch“ erhältlich. Heute gibt es in Deutschland rund 55 Millionen Festnetzanschlüsse und 69 Millionen Mobilanschlüsse. Doch nur knapp jeder vierte Teilnehmer ist im Telefonbuch verzeichnet. Trotzdem werden jedes Jahr noch immer rund 100 Millionen Telefonbücher in Deutschland verteilt. Vor allem außerhalb von Ballungsräumen ist die gedruckte Form noch immer beliebt – trotz Konkurrenz aus dem Internet. Mit Unterstützung des Telefonbuchs können Nutzer mit mobilen Endgeräten nicht nur auf rund 30 Millionen Einträge, sondern auch auf zahlreiche Services wie Detailansichten und Routenplanung zugreifen.

Einige Politiker verzichten heute auf eine Veröffentlichung ihrer Daten. Der einstige Finanz- und Verteidigungsminister Hans Apel war aber für jeden erreichbar. Seine Telefonnummer blieb selbst in den Jahren nachschlagbar, als der SPD-Politiker als Finanz- und als Verteidigungsminister einer der wichtigsten Politiker war. Und ohne Telefon kam der kürzlich verstorbene frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nicht aus: „Ich habe mir einmal geschworen: Solange du Politik machst, stehst du im Telefonbuch. Damit die Leute dich anrufen können“, sagte er 2015 in einem Interview mit der „Zeit“.

Kurios ist das Telefonbuch der kleinen Pazifikinsel Norfolk, die zum australischen Hoheitsgebiet gehört und wo die Nachfahren der berühmten „Bounty“-Meuterer von 1789 leben sollen. Hier wird jeder, der möchte, neben seinem „normalen“ Standard-Eintrag in einem Spitznamen-Verzeichnis („Fast find a person by their nickname“) im inseleigenen Telefonbuch geführt. Namen wie „Cowboy“, „Sparks“, „Foxey“ oder „Monkey“ neben der Telefonnummer sind keine Seltenheit.

Eigentlich gebührt Johann Philipp Reis der Ehrentitel des Erfinders des Telefons: Er stellte das erste Gerät zur Übertragung von Tönen durch elektromagnetische Wellen schon 1861 vor. Richtige Gespräche konnten mit dem Apparat allerdings nicht geführt werden.

BEIM NAMEN GENANNT

BRYAN ADAMS (Foto: dpa) hat aus Protest gegen das neue „Gesetz für Religionsfreiheit“ einen Auftritt im amerikanischen Bundesstaat Mississippi abgesagt, wie faz.net berichtet. „Ich kann nicht ruhigen Gewissens in einem Bundesstaat spielen, der Bürgerrechte wegen der sexuellen Orientierung von Menschen beschneidet“, ließ der Kanadier vor dem für Donnerstag in Biloxi geplanten Konzert mitteilen. Mississippis Gouverneur Phil Bryant hatte in der vergangenen Woche die „Religious Freedom Bill“ unterzeichnet. Nach dem Gesetz dürfen religiöse Einrichtungen, Behörden und Geschäftsinhaber nicht gezwungen werden, gleichgeschlechtlichen Paaren, Bisexuellen und Transgender von Juli an Dienstleistungen zu gewähren. Bürgerrechtsorganisationen verurteilten die House Bill 1523 als Diskriminierung Homosexueller unter dem Deckmantel religiöser Freiheit. Vor Adams hatte in der vergangenen Woche schon Bruce Springsteen ein Zeichen gegen Benachteiligung gesetzt. Der Sänger sagte einen Auftritt im Bundesstaat North Carolina ab, der vor einigen Wochen ebenfalls ein „Gesetz zur religiösen Freiheit“ verabschiedet hatte.

QUEEN ELIZABETH II. feiert ihren 90. Geburtstag gleich dreimal. Am 21. April, dem eigentlichen Geburtstag, geht es eher bescheiden zu. Gemeinsam mit Ehemann Prinz Philip verbringt sie den Tag in Schloss Windsor, macht einen Spaziergang und entzündet eine große Fackel – davon sollen später Tausende im ganzen Land brennen. Unklar ist, wie US-Präsident Back Obama ins Programm passt: Er kommt am 21.4. abends an, bleibt bis zum 24. in Großbritannien – und will der Queen die Aufwartung machen.

Messdiener arbeiten für todkranke Kinder

Die Carpe Diem Mitmach-Aktion zugunsten eines Kinder- und Jugendhospizes soll junge Menschen begeistern

Wilhelmshaven (DT/pd) Rund 7 000 Messdienerinnen und Messdiener zwischen Damme und Wangerooge können sich am 17. September an der „Carpe Diem Aktion“ (Lat. für „Nutze den Tag“) zu beteiligen. Bis zu 120 Messdienergemeinschaften sind aufgerufen, sich an diesem Tag in den Dienst der Menschen zu stellen und ihre Zeit für einen guten Zweck zu nutzen. Für jeden Auftrag bekommen die Messdiener vom Auftraggeber eine Spende. Zentrales Spendenziel für das Oldenburger Land ist das Kinder- und Jugendhospiz Joshua in Wilhelmshaven. Um möglichst viel Geld zu sammeln, sind ganz unterschiedliche Dienstleistungen möglich: Rasen mähen, Fenster putzen, Einkäufe und Besorgungen, Hundespaziergänge, Unkraut jäten, der Abriss eines alten Gartenhauses und vieles mehr.

Die Messdienergemeinschaften regeln in ihren Kirchengemeinden selbst, ob und wie sie sich an der Aktion beteiligen und welche Aufträge angenommen werden können. „Je nach Alter und Gruppengröße entscheiden die Verantwortlichen, was geleistet werden kann“, erklärt Tobias Fraas, Referent für Messdienerarbeit im Bischöflich Münsterschen Offizialat. Die Grundidee der Aktion ist ganz einfach: Anrufen, Auftrag erteilen und spenden. Anrufen könne jeder, der eine kleine Aufgabe für die fleißigen Helfer habe, hob Fraas hervor. Wichtig sei den Verantwortlichen der soziale Charakter der Aktion, es ginge nicht um Ersatz für Handwerkerleistungen.

Das Angelika Reichelt Kinder- und Jugendhospiz „Joshuas Engelreich“ wurde als Spendenziel ausgewählt, weil die Messdiener eine junge Initiative im Oldenburger Land unterstützen wollten, deren Sinn ihre Ehrenamtlichen leicht nachvollziehen können. In „Joshuas Engelreich“ werden schwerstkranke Kinder- und Jugendliche aus ganz Deutschland mit ihren Familien gepflegt und begleitet. Sie kommen hierher zur Orientierung nach einer schwierigen Diagnose, zur Familienerholung bei kräftezehrender Pflege im Elternhaus, aber auch zum Abschied nehmen.

„Jeder Messdiener soll wissen, dass sich die Arbeit lohnt und mit dem Geld gute Dinge passieren“, erklärte Fraas. Auch Prälat Peter Kossen unterstützt die Einrichtung. Er ist Botschafter des Hospizes und Schirmherr der Carpe Diem Aktion. „Ein Stück soziale Verantwortung wollen auch junge Menschen tragen“, unterstrich Kossen die Wahl.

Nutze den Tag: Arbeiten für einen guten Zweck. Foto: Messdiener Dinklage/Johannes Bäuning

Die Tagespost

Katholische Zeitung für Politik
Gesellschaft und Kultur
vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
Begründet von Johann Wilhelm Naumann

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH, Postfach 54 60, D-97004 Würzburg, Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg. – Telefon: Zentrale (09 31) 3 08 63-0, Buchhaltung 3 08 63-25, Vertrieb 3 08 63-32. – Fax 3 08 63-33 (vom Ausland aus: 00 49 vorwählen). E-Mail: info@die-tagespost.de Internet: http://www.die-tagespost.de, www.die-tagespost.at LIGA Bank BLZ 750 903 00, Konto-Nr. 3 010 201, IBAN: DE50 7509 0300 0003 0102 01, BIC: GENODEF1M05.

Herausgeber:
Domdekan Prälat Lic. theol. Günter Putz
Chefredakteur: Markus Reder
Chef vom Dienst: Stefan Rehder
Redaktion: Regina Einig (Kirche aktuell)
Anna Sophia Hofmeister (Aus aller Welt, Reise, Internet)
Markus Reder (Wirtschaft, Theologie und Geschichte, Aussprache)
Stefan Rehder (Politik, Zeitgeschehen)
Dr. Alexander Riebel (Kultur, Medien, Literatur)
Büro Rom/Vatikan-Korrespondent: Guido Horst
Büro Jerusalem/Nahost-Korrespondent: Oliver Maksan
Büro Österreich/Südosteuropa-Korrespondent/Europapolitik: Stephan Baier
Feuilleton, Im Gespräch/Sonderkorrespondent Kultur: Dr. Stefan Meetschen
Verlagsbeilage „Reise & Wohlfühlen“: Markus Reder
Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Albrecht Siedler
Dipl.-Theol. Markus Reder
Anzeigenleitung: Anja Stichnoth

Erscheinungsweise: Dienstag, Donnerstag und Samstag. Monatlicher Abonnementpreis einschließlich 7 % Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 19,40 einschließlich der Kosten für Postzustellung. Abonnementskündigungen sind mit vierwöchiger Frist zum Ende des berechneten Zeitraums möglich. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Druck: Main-Post GmbH & Co. KG – Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Januar 2016. – Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW. Sie ist Mitglied im Katholischen Medienverband. – Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen. Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.

Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Dominikanerplatz 8, 97070 Würzburg.
LIGA Bank BLZ 750 903 00, Konto-Nr. 3 010 244, IBAN: DE53 7509 0300 0003 0102 44, BIC: GENODEF1M05.

Der deutsche Satire-Gipfel

Das Gedicht „Schmähkritik" über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan hat sich zur Staatsaffäre hochgeschaukelt. Nicht nur die Juristen, sondern auch die Politiker beschäftigen sich mit dem Fall Jan Böhmermann, der die Bundeskanzlerin in Bedrängnis bringt **VON STEFAN MEETSCHEN**

Eine Staatsaffäre mit komplizierter juristischer Dimension? Die größte Polit-Groteske aller Zeiten, die je durch ein miserables Gedicht, vorgetragen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, ausgelöst wurde? Oder schlichtweg der beste mediale Beweis, wieso die Europäische Union und die Türkei einfach nicht zusammenpassen – es sei denn, eine Seite unterwirft sich dem Wertebewusstsein der anderen?

Seitdem Bundeskanzlerin Angela Merkel den als „Schmähkritik" bezeichneten Beitrag des ZDF-Satirikers Jan Böhmermann über ihren Regierungssprecher und in einem Telefonat mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu als „bewusst verletzend" verurteilt hat (mittlerweile aber in eigener öffentlicher Rede die Wichtigkeit der Meinungs- und Kunstfreiheit in Deutschland betont!) und der in dem Text in Gedichtform auf vulgäre Weise (Sex mit Tieren, Kinderpornographie) gescholtene türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan vehement und mit den dafür in der Bundesrepublik denkbaren juristischen Wegen als Präsident und Privatperson eine Bestrafung Böhmermanns zu erreichen versucht, scheint Deutschland ein wenig aus dem Häuschen zu sein. Die Ereignisse, Einordnungen und Erklärungen überschlagen sich.

Wobei sich der 35-jährige TV-Comedy-Star aus Bremen, dessen Karriere in den vergangenen Jahren durch verschiedene Sende-Flops bei RTL oder öffentlich-rechtlichen Sendern etwas ins Straucheln geriet, nicht über mangelnde Unterstützung klagen kann, gerade vonseiten der Berufskollegen: Von Oliver Welke („heute-show") bis Oliver Kalkofe, von Dieter „Didi" Hallervorden bis Martin Sonneborn – breit und schillernd ist die satirische Solidaritätsfront. Mag so ziemlich jeder sich auch – mehr oder weniger direkt – vom äußerst beschränkten Niveau des vorgetragenen Textes distanzieren, zur leidenschaftlichen Verteidigung der Rede-, Meinungs- und Kunstfreiheit reicht der deutsch-türkische Konfliktstoff allemal.

Wobei es ausgerechnet der Vorstandschef des Axel-Springer-Konzerns Matthias Döpfner ist, der sich im Rahmen eines Offenen Briefes in seiner Haus- und Hof-Zeitung „Die Welt" als Satire-, Kunst- und Böhmermann-Versteher am weitesten aus dem Fenster lehnt: „Ich möchte mich, Herr Böhmermann, vorsichtshalber allen Ihren Formulierungen und Schmähungen inhaltlich voll und ganz anschließen und sie mir in jeder juristischen Form zu eigen machen. Vielleicht lernen wir uns auf diese Weise vor Gericht kennen. Mit Präsident Erdogan als Fachgutachter für die Grenzen satirischer Geschmacklosigkeit."

Die politische Wirklichkeit schlägt zurück: Der Comedian Jan Böhmermann bewegt sich an der Grenze von Kunst und Beleidigung. Foto: dpa

Das wirkt auf den ersten Blick ziemlich souverän, doch ob Döpfner auch derart gelassen reagieren würde, wenn ihn Böhmermann einfach nur mal so zum Spaß oder als Humor- und Meinungsfreiheits-Testexperiment auf der Meta-Ebene in ähnlich vulgärer Weise persönlich attackieren würde, wie er es gegenüber dem berüchtigten Präsidenten vom Bosporus getan hat? Oder schon früher tat – und ebenfalls ziemlich verletzend – gegenüber dem Fußball-Nationalspieler Lukas Podolski, dem Böhmermann zum eigenen Karrierestart beim WDR ein fiktives Tagebuch und einen fiktiven Podcast unterjubelte? Mit Einträgen à la „Fußball ist wie Schach – nur ohne Würfel"? Es darf bezweifelt werden. Dankbar kann man Döpfner jedoch sein, dass er in seinem Brief auch Beispiele von öffentlichen Verunglimpfungen erwähnt, die vor einigen Jahren Vertretern des Christentums galten: sei es Jesus Christus selbst, der im Namen der Kunst auch schon mal von einem Frosch ersetzt wurde, sei es der deutsche, inzwischen emeritierte Papst, dem die Satirezeitschrift „Titanic" mit allerlei Geschmacklosigkeiten zu nahe rückte und in seinen Persönlichkeitsrechten verletzte. „Sobald es gegen die katholische Kirche geht, ist das Lachen des Justemilieu programmiert. Es kann gar nicht respektlos und verletzend genug sein." Das stimmt. Was Döpfner dabei jedoch ausklammert, ist die Tatsache, dass volkstümliche TV-Comedians wie Jan Böhmermann oder, um eine weitere Vertreterin seiner Generation zu nennen, Carolin Kebekus („Bei Gott geht der Punk ab, weil nur er den Funk hat; Jesus ist der Shit und wer das nicht glaubt, der kackt ab"), genau dieses biedere Justemilieu mit ihren vulgären Zoten bedienen.

> „An Respektlosigkeit gegenüber Vertretern des Christentums hat man sich gewöhnt"

Wobei sie keinesfalls mutig, im Sinne der echten, von Kurt Tucholsky beschworenen Satire agieren, welche die Mächtigen und Gefährlichen geistreich herausfordert und deshalb tatsächlich „alles darf", sondern leider vollkommen angepasst an die bürgerliche Mehrheitsmeinung agieren, was nicht Raffinesse oder Gedankenreichtum erfordert. Dass Erdoğan ein höchst fragwürdiges Demokratie-Verständnis besitzt und verkörpert, weiß in Deutschland wohl mittlerweile jeder Abiturient – und sicherlich auch die Bundeskanzlerin, die ihn bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise aber als strategischen Partner benötigt. So moralisch unerfreulich und kritisierbar dies auch ist. Die passende satirische Antwort auf Merkels Dilemma wäre für einen deutschen Satiriker in Deutschland deshalb eine Merkel-Satire gewesen. Fein gesponnen, ohne grobe persönliche Verunglimpfungen, so wie es der vor drei Jahren verstorbene Dieter Hildebrandt („Scheibenwischer") zu tun pflegte.

Stattdessen aggressive Geschütze gegen einen ausländischen Politiker zu fahren, ist wohlfeil – und unglaubwürdig, wenn man sich dabei auf die Menschenrechte, ergo die menschliche Würde, beruft. Genau die besitzt ein Erdoğan nämlich auch. Mag dies dem Milieu, das jemand wie Böhmermann groß gemacht hat, auch nicht gefallen. Was natürlich keine Rechtfertigung dafür sein soll, dass Böhmermann nun, wie manche Medien berichten, sogar unter Polizeischutz steht, weil sein Leben offenbar durch radikale Erdoğan-Anhänger bedroht ist. Bezeichnend ist es aber, dass der nun zu weltweiter Popularität emporgeschossene Vulgär-Comedian, nachdem er so vehement auf die Rede- und Meinungsfreiheit gepocht hat, sich seit der „Neo Magazin Royale"-Sendung vom 7. April auch komplett von der Bühne zurückgezogen hat. Zur Grimme-Preisverleihung, bei der Böhmermann wieder einmal ausgezeichnet werden sollte, erschien er nicht. Ebenso nicht bei einer Radio-Sendung, die am vergangenen Sonntag mit ihm hätte ausgestrahlt werden sollen. Auch die für den heutigen Abend auf dem Programm stehende Sendung „Neo Magazin Royale" (ZDF Neo) fällt aus. Der erklärende Querweis der Produktionsfirma bei „facebook" auf „die massive Berichterstattung" und den damit verbundenen „Fokus auf die Sendung und den Moderator" – gepaart mit der zügigen Entfernung des Beitrags aus der ZDF-Mediathek – offenbart allerdings, wie brüchig das Werte-Verteidigungsvermögen in Deutschland tatsächlich ist, wenn jemand aus einem anderen Kulturkreis bei deutschem Humor nicht mitlacht.

> „Auch aus juristischer Sicht befindet sich Angela Merkel in einem Dilemma"

Schon damals, im Jahr 1987, als Rudi Carrell in „Rudis Tagesschau" den iranischen Ajatollah Khomeini via Film-Montage mit Dessous bewerfen ließ, musste die Polizei das Leben eines TV-Komödianten mit Sinn für (eher lustige) Grenzüberschreitungen beschützen. Die deutsche Sehnsucht nach der multikulturellen Gesellschaft, in der Angehörige verschiedener Länder und Religionen friedlich miteinander leben, weil sie das tun und denken, was ihnen deutsche Moralexperten liebevoll aufzwingen, ging aber trotzdem weiter.

Und nun? Die SPD, aktuellen Umfragen zufolge unter die 20 Prozentmarke gerutscht und damit selbst akut Satire-verdächtig, schlägt vor, das Strafrecht zu ändern. Dabei geht es konkret um den Paragrafen 103 des Strafgesetzbuchs, der die „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten" zum Gegenstand hat. Laut SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sei dies „eine antiquierte Vorschrift", die ihre Wurzeln in der Verfolgung der Majestätsbeleidigung habe. „Das passt nicht mehr in unsere Zeit." Bereits in der nächsten Sitzungswoche, so Oppermann gegenüber verschiedenen Hauptstadt-Journalisten, könne der Bundestag das Gesetz ändern.

Recep Tayyip Erdoğan, mit dessen Strafantrag als Privatperson sich bereits die Staatsanwaltschaft Mainz befasst, wird über einen solchen Lösungsansatz wohl nur wenig erbaut sein. In seinem Land ist er es gewohnt, seine Interessen brutal durchzuziehen. Ein Flüchtlingspakt, so dürfte er die Sache sehen, hat seinen Preis. Verlangt Gefälligkeiten. Genau mit diesem Knebel hat Erdoğan die Bundeskanzlerin, die sich, anders als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl 1987, selbst in die Satire-Affäre hineinbugsiert hat, in der Hand.

Wie verzwickt die Situation für Merkel tatsächlich ist, hat der Kölner Strafrechtsprofessor Michael Kubiciel gegenüber der Deutschen Presseagentur dargestellt: Demnach muss die Bundesregierung im Falle eines Strafverlangens aus dem Ausland wegen „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten" die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung ermächtigen oder dies unterlassen. Das sei, so Kubiciel, eine „Schutzfunktion", die verhindern solle, dass ausländische Staatsoberhäupter eine Strafanzeige als „politisches Kampfinstrument" nutzen. Ferner müsse die Regierung prüfen, ob das „Schmähgedicht" von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Was nicht so leicht zu klären sei. In so einem Grenzfall müsse die Bundesregierung den Fall vor die „normalen Instanzen" kommen lassen – Staatsanwaltschaft, Gericht und im Zweifel auch das Bundesverfassungsgericht, so Kubiciel. Der private Strafantrag Erdogans dürfte Merkel nicht aus der Misere helfen, weil fraglich sei, ob Erdogan das Gedicht überhaupt als Privatperson treffe oder nicht doch als Staatschef. In der Union gibt es, anders als in der SPD, Stimmen, dass die Regierung die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung ermächtigen solle. Damit hielte sie sich klar an das Gesetz und überlasse die Entscheidung der Justiz. Das sieht Kubiciel anders: „Gerade im Bereich der Meinungsfreiheit sollte das Strafrecht das letzte Mittel sein."

Wie sagte Jan Böhmermann bei seiner bislang letzten Sendung? „Die Show ist jetzt zuende, die Wirklichkeit geht wieder los. Sie sind am Drücker!" Ein Satz, den ein Regierungssprecher nicht treffender hätte sagen können. Mit Material von dpa

Die Sehnsucht der Seele nach Gott

„Ex Biblia": Eine Ausstellung der dänischen Künstlerin Sofie Bird Møller in der Galerie der Gesellschaft für Christliche Kunst e.V. in München **VON MARIE-THÉRÈSE KNÖBL**

Die Menschen sind verschwunden in den von der dänischen Künstlerin geschaffenen Figuren-Welten. Der Selfie- und Selbstdarstellungskultur unserer Tage genau entgegengesetzt zeigt Sofie Bird Møller in ihren Werken Landschaften aus fließenden Konturen, Reigen rhythmischer Bewegung, Szenen menschlicher Erfahrung, die ohne menschliches Antlitz und Körper, die ohne Köpfe, Hände und Füße auskommen: Der Galerie der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst e.V. in München ist mit der Ausstellung ausgewählter Arbeiten Sofie Bird Møllers wieder einmal eine erfrischende Mischung aus klassischer Werkschau und ergebnisoffener Einladung zu überraschenden Entdeckungen in den gezeigten Exponaten gelungen.

Ein Bild der Serie, das die dänische Künstlerin Sofie Bird Møller in Anlehnung an die barocke Emblematik angefertigt hat. Foto: Museum

Inhaltlich setzt sich die dänische Künstlerin in ihren aktuellen, in München noch bis 23. April zu sehenden Werken auseinander mit der Darstellbarkeit des ihrer Ansicht nach Nichtdarstellbaren, also mit der Darstellbarkeit dessen, was einen Menschen, was die Seele, was den Geist, was das Göttliche ausmacht. Ihre Beantwortung der Frage einer möglichen Darstellbarkeit all dessen ist radikal und poetisch zugleich. Radikal, weil sie alles, was wir gewohnt sind als Merkmale des Individuellen zu interpretieren, ganz aus der Bildlichkeit verschwinden lässt. Poetisch, weil dieses Verschwinden einhergeht mit einer Auflösung individueller Konturen und Grenzen in fließende, schwebende, den Gesetzen der Schwerkraft scheinbar entzogene Rhythmen und Gewebe.

Ausgangsbasis für die aktuelle, exklusiv für die Galerie der Deutschen Gesellschaft für Christliche Kunst gefertigte Serie Bird Møllers ist dabei die barocke Emblematik. Genauer gesagt die 1717 erstmals greifbare Darstellung der „Pia desideria", also die bedeutungsüberladene Darstellung der beständigen Sehnsucht der Seele nach Gott. Diese Sehnsucht ist es auch, die den Blick des Betrachters in die Bilder Møllers hineinzieht, obgleich sie den Augen des Betrachters zunächst nicht die gewohnten Haltepunkte in Gesicht, Gestik, Blickrichtung, Händen und Füßen der dargestellten Figuren geben, sondern sogleich über die Ebene des Gezeigten hinausweisen und – in durchaus eleganter, nahezu tänzelnder Art und Weise – hinführen zur Ebene des Zeigens und des Sehens.

Der hochkomplexen Verweisstruktur und Didaktik der barocken Emblematik wird so ein unserer Zeit entsprechendes Pendant erschaffen, ohne jedoch deren Ursprung in der Raffinesse der Kunst des 17. und 18. Jahrhunderts zu verleugnen. Der Rückgriff auf historische Vorlagen erfolgt dabei auch formal und, bezeichnenderweise, über die Vermittlung protestantischer Buchkunst des 19. Jahrhunderts: Sofie Bird Møller hat aus einer illustrierten dänischen Bibel der Mitte des 19. Jahrhunderts die Stiche herausgetrennt und mit diesen herausgetrennten Originalen von 1855 ihre anrührenden, auf den ersten Blick zutiefst verstörend und befremdlich wirkenden Kleinodien eines Reigens aus (Un)köperlichkeit und Ewigkeit geschaffen. 32 solch kleiner Meisterwerke wurden sorgfältig mit Hilfe der Technik des Übermalens mit Gaphit und eingefärbter Tinte geschaffen, auf ihren auf- und einander zugeklappten Pappelholz-Platten wirken sie an den Wänden der Galerie erstaunlich in sich ruhend, skandinavisch und streng.

Streng ist auch die Arbeitsweise der Künstlerin: Sie ist ganz im seriellen Arbeiten beheimatet, erarbeitet sich jedes Detail mit einer akribischen Perfektion. Sofie Bird Møller, Jahrgang 1974, ist nach eigener Aussage gegen jede Fixierung des Blicks der Betrachter auf Augen und Gesicht, wünscht sich eine Abstraktion des Sehens jenseits von Person und Individuum hin zu Abbildung, Formensprache und dem abstrakten Miteinander der Formen. Mit diesem Ansatz ist die dänische Künstlerin klarerweise auch eine typische Vertreterin der Kunst und Denkweise unserer Tage, die das Abstrakte verehrt und einer Ästhetik der schönen Formen und Muster huldigt. Dass sie sich hierfür der Vorlagen barocker Darstellungen biblischer Szenen bedient, macht ihre Werke aber durchaus sehenswert und Anregungen und Diskussionen nach der Betrachtung umso interessanter.

Sofie Bird Møller, „Ex Biblia". Galerie der Gesellschaft für Christliche Kunst e.V. Türkenstr. 16, Hochparterre links, 80333 München. Dienstag bis Freitag 12 bis 19 Uhr, bis 23. April 2016.

CDU und SPD wollen Einheitsdenkmal kippen

Die Berliner Regierungsparteien CDU und SPD wollen das seit 2007 geplante Einheits- und Freiheitsdenkmal in der Hauptstadt kippen. Der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Rüdiger Kruse (CDU), sagte der Deutschen Presse-Agentur am Dienstag, das Projekt stehe unter keinem guten Stern. „Es ist Zeit, die Reißleine zu ziehen." Über eine entsprechende Beschlussvorlage soll der Haushaltausschuss am Mittwoch entscheiden. Als letzten ausschlaggebenden Grund nannte Kruse die inzwischen von zehn auf fast 15 Millionen Euro gestiegenen Kosten. Das Denkmal in Form einer begehbaren Wippe sollte neben dem rekonstruierten Berliner Schloss an die friedliche Revolution von 1989 und die deutsche Wiedervereinigung erinnern. Es sollte eigentlich schon 2013 fertig sein, zuletzt wurde der Termin auf 2018 verschoben. Von Anfang an hatte es bei dem Projekt Probleme gegeben. Zuerst war ein Wettbewerb gescheitert, dann trennten sich die beauftragten Künstler. Schließlich sorgten die Entdeckung wilhelminischer Mosaike und ein Völkchen seltener Wasserfledermäuse für Verzögerungen. DT/dpa

Feridun Zaimoglu: Die Zehn Gebote unverändert aktuell

Die Zehn Gebote aus der Bibel sind nach Ansicht des Schriftstellers Feridun Zaimoglu (51) auch heute noch der Kompass für das Zusammenleben der Menschen. „Für mich sind die Zehn Gebote in der Thora und im Alten Testament für alle Zeiten gültig", sagte der türkischstämmige muslimische Autor der Deutschen Presse-Agentur zur Uraufführung der deutsch-israelischen Doppel-Inszenierung „Die Zehn Gebote" an diesem Freitag im Kieler Schauspielhaus. Zaimoglu hat mit Koautor Günter Senkel eine Adaption des Stoffes am Beispiel der Belagerung Leningrads durch die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg geschrieben – mehr als eine Million Menschen kamen um. Das zweite Stück, das am selben Abend im selben Bühnenbild gezeigt wird, stammt vom israelischen Dramatiker Shlomo Moskowitz. Er verarbeitete die Zehn Gebote vor dem Hintergrund des Libanonkriegs von 1982. DT/dpa

„Wer will schon die ganze Wahrheit über sich selbst wissen?"

Die finnische Schriftstellerin Beile Ratut über das Böse und die Notwendigkeit, darüber zu schreiben **VON HARALD STOLLMEIER**

In Ihren Romanen „Das schwarze Buch der Gier" und „Nachhall" sind Frauen die Hauptpersonen. In Ihrem neuen Erzählungsband „Welt unter Sechs" geht es um Männer. Direkt Helden sind es aber nicht …

Das kommt darauf an, was Sie unter Helden verstehen. Diese Männer geraten in eine Lebenskrise, die sie selbst verschuldet haben, doch sie stellen sich ihrer Verantwortung und ihrer Schuld. Ich finde das wesentlich heldenhafter als das kämpferische Durchsetzen eigener Ziele, womöglich noch über Leichen hinweg.

Ihre Romanheldinnen Alba und Espen sind Opfer von Verbrechen und lernen im Laufe ihres Lebens, dem Bösen ins Gesicht zu blicken und ihm zu widersagen. Sie finden ihren eigenen Weg und befreien sich von den herkömmlichen Maßstäben gesellschaftlichen Erfolges. Die Männer, die Sie in „Welt unter Sechs" vorstellen, sind eher Täter als Opfer. Sind Männer das im Allgemeinen? Sind Männer, sozusagen, „böser" als Frauen?

Für Männer ist eine andere Dimension von Macht typisch, auch wohl ein anderes Verständnis von Erfolg. Das macht sie anfälliger für die Versuchung von Gewalt und Rücksichtslosigkeit. Aber Männer sind nicht böser als Frauen. Sie sind anders böse, teils weil sie anders sind, teils weil sie anders können.

In Ihren Geschichten zeigen Sie menschliche Grausamkeit, menschliche Kaltherzigkeit so, dass es beim Lesen weh tut. Das kann beim Schreiben nicht wesentlich angenehmer sein. Warum tun Sie das? Und wie halten Sie es aus?

Weil ich muss. Ich muss das schreiben, was real ist, was in unserem konkreten Leben oft aber keinen Platz hat, kein Gehör findet, nicht wahrgenommen wird. Und ich muss auch über Antworten schreiben. Was ich beschreibe, das ist nicht die Wahrheit über den Menschen schlechthin. Es ist der Teil der Wahrheit, den jeder gerne ignoriert oder zumindest beschönigt. Wer will schon die ganze Wahrheit über sich selbst wissen?

Wenn Sie über das Böse schreiben, kann ich nicht mehr wegsehen. Das ist nicht nur ein Kompliment. Ich bin darüber auch erschrocken. Sie schreiben über den sexuellen Missbrauch der siebenjährigen Espen, als wären Sie dabei gewesen. Da hofft man, dass Sie keine eigenen Erfahrungen eingebracht haben.

Im schriftstellerischen Sinne sind es meine eigenen Erfahrungen. Sehen Sie, wenn Sie Schauspieler sind und eine Rolle übernehmen, dann wird die Rolle ein Teil von Ihnen, aber nur für ein paar Stunden oder ein paar Wochen. Ich habe ein Jahr lang an Nachhall geschrieben. Ich war ein Jahr lang Espen, jeden Tag, jede Sekunde. Ich habe dann alles auch in meinem eigenen Leben erlebt, wie Espen es erlebt hätte. Die Rolle klingt dann nach. Sie hallt nach.

Aber im realen Sinne sind nur einige der Erfahrungen in meinen Romanen und Erzählungen meine eigenen. Aber alles ist wahr, wenn auch verfremdet. Wenn Sie sich Menschen wirklich öffnen, dann werden Sie staunen, was sie Ihnen erzählen. Und Sie werden staunen, wie viel, wie entsetzlich viel Leid es auf der Welt gibt. Auch hier im reichen und sicheren Deutschland. Hier kann man es nur nicht so gut erkennen wie in Kriegsgebieten. Hier ist das Leid besser getarnt. Und tabuisiert ist es auch. Wenn heute ein 50-jähriger Mann davon berichtet, dass er als Kind missbraucht wurde, dann muss er damit rechnen, dass man ihn auffordert, doch endlich damit aufzuhören.

Sehen Sie sich als Anwältin der Opfer?

Ein wenig. Ich trage dazu bei, dass die Wahrheit über das Böse herauskommt. Aber diese Wahrheit ist unbequem: Sie lautet: Das Böse wirkt in jedem von uns. Wir alle sind schlechter, als wir sein sollten. Wir alle werden in Versuchung geführt.

Sind wir denn nicht alle gegen das Böse?

Glauben Sie das? Sicher, in einer bestimmten Kategorie von Filmen haben die Bösen einen finsteren Gesichtsausdruck oder, noch simpler, einen schwarzen Hut. Sie werden auf eine Weise dargestellt, dass man sie ablehnen muss. Gegen die ist dann jeder. Aber in unserem Leben stellt sich das Böse nicht als das Böse vor. Es kommt zu Ihnen als Engel des Lichts. In „Das schwarze Buch der Gier" begegnet Alba an einer Bar einem Adligen, der sie dazu auffordert, das Ringen um moralische Maßstäbe aufzugeben, und sie dafür, dass sie der Aufforderung nicht nachkommt, mit Sex bestrafen will. Und dieser Mann rühmt sich seiner guten Beziehung zu seinem Bischof. Solche absurden Begegnungen erlebe ich selbst. Menschen wie diesem können Sie stundenlang erklären, dass sie das Falsche tun – die verstehen Sie überhaupt nicht.

Das spiegelt sich auch in der Gegenwartsliteratur und in der populären Kultur. Nehmen Sie Danny Ocean und seine Komplizen: Die mag jeder, und sie haben Erfolg und leben danach glücklich und in Freuden. Aber diese Helden sind Diebe. Oder nehmen Sie den erfolgreichen Film „Der englische Patient", in dem das Zentrale die erotische Gier ist, die sich auch über eheliche Treue hinwegsetzen darf. Zwar sind die Folgen tödlich, aber dieser Zusammenhang wird dramaturgisch verwischt. Der Zuschauer nimmt nur eine romantische, wenn auch dramatische Liebesgeschichte wahr. Das Einzige, was zählt, ist die Emotion. Diese wird als unabänderlich und dramaturgisch tragend angesehen.

Die Schriftstellerin Beile Ratut. Foto: Ruhland

Aber ist das nicht die Aufgabe der Gegenwartsliteratur, das Böse so zu zeigen, wie es ist, weg von diesen Schwarzweißkarikaturen, in denen die Welt in Ordnung ist und das Gute immer siegt? Brauchen wir das nicht als Leser, dass uns klar wird, wie gefährdet das Gute ist und wie angewiesen auf jeden Einzelnen von uns?

Sie haben Recht, und das ist es ja auch, was ich selber mache. Es geht mir nicht um das Happy End. Das Böse darf in der Kunst siegen, solange klar bleibt, dass es das Böse ist. Aber wenn der Erzähler den Sieger zum Guten erklärt, bloß weil er der Sieger ist, dann stimmt etwas nicht, und wenn sich der Erzähler durch offene Wertung, mehr aber noch durch die Geschichte selbst, für neutral erklärt, dann hat er mir als Leser nichts mehr zu sagen.

Sie sind nicht auf das Lesen beschränkt. Sie schreiben selbst, und „Das schwarze Buch der Gier" ist das überzeugendste Plädoyer für die Erlösungsbedürftigkeit der Menschheit, das ich je gelesen habe. Gerade weil es kein richtiges Happy End hat. Sie waren schon 40 Jahre alt, als Ihr Debütroman erschien. Haben Sie da erst mit dem Schreiben begonnen?

Geschrieben habe ich schon immer. Aber früher war ich nicht gut genug, sprachlich nicht, und auch die Geschichten hatten nicht diese Eindringlichkeit. Diese Geschichten waren nicht wichtig. Die Geschichten, die heute den Kern meiner Romane und Erzählungen ausmachen, die habe ich mir nicht „ausgedacht" – die waren eines Tages da. Die mussten geschrieben werden. Und als ich dann vor vielen Jahren mit Nachhall begann – das habe ich tatsächlich vor dem „schwarzen Buch" geschrieben, da wusste ich: Das ist etwas Großes.

Beile Ratut, geboren 1972, ist Finnin und schreibt in deutscher Sprache. Ihre Bücher sind: Das schwarze Buch der Gier. Roman (2013), Nachhall. Roman (2014), Welt unter Sechs. Erzählungen (2015).

Roboter erledigen den Einkauf im Netz

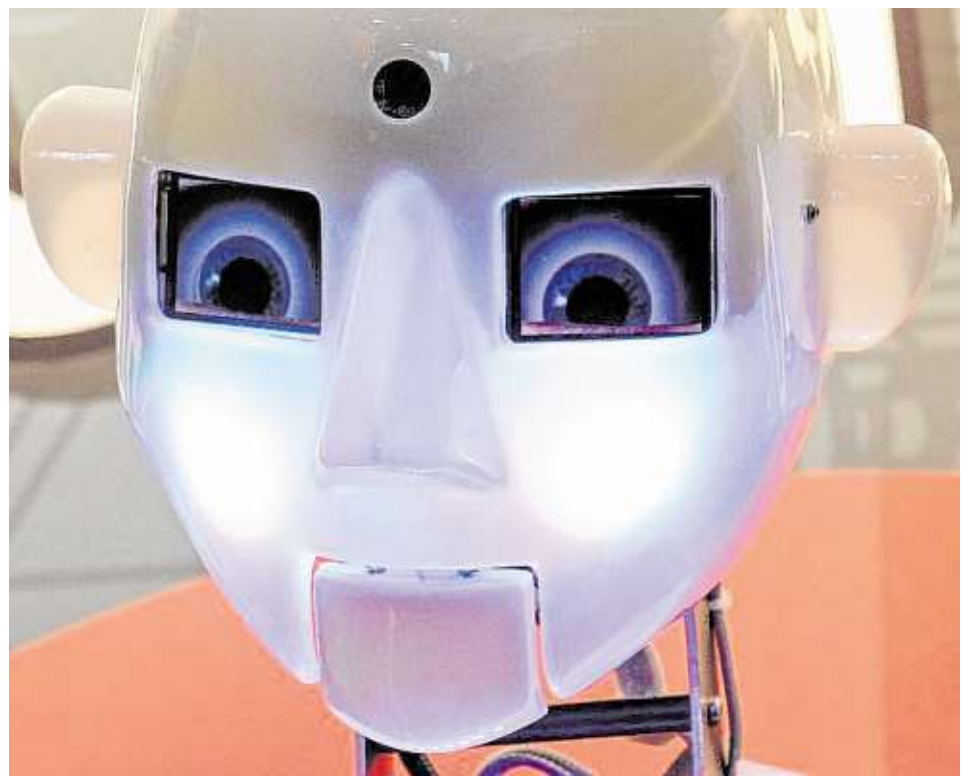
Die Kommunikation wird virtueller: Facebook plant Chatbots, also Software-Roboter, zum Chatten und für die Erfüllung von Wünschen im Internet **VON BURKHARDT GORISSEN**

Die Zeit der Apps ist vorbei. Im schnelllebigen Geschäft der Chat- und Messagingdienste werden bald intelligente „Bots“ den Markt bestimmen. Wenn es nach den Silikon-Valley-Nerds geht, könnte 2016 das Jahr werden, in dem die Endverbraucher anfangen, sich mit Maschinen im Netz zu unterhalten.

Als die deutsche Elektropopgruppe Kraftwerk ihren futuristischen Abgesang „Wir sind die Roboter“ anstimmten, hielten viele das für unrealistische Zukunftsmusik. Vielleicht, dachte man noch 1978, träfen solche utopischen Fantasien im Jahr 2525 ein. Weit gefehlt, knapp 40 Jahre nach Kraftwerks Pophymne tanzt ganz Silikon Valley im „Bots“-Fieber. „Bot“, das ist ein Kürzel für jene Bezeichnung „Robot“, die der tschechische Schriftsteller Josef Čapek für sein Theaterstück R.U.R. kreierte, in dem künstlich gezüchtete Arbeiter (robots) auftraten.

Ganz so weit sind wir noch nicht, aber immerhin werden überall in der Internet-Branche Chatbots entwickelt. Dabei handelt es sich um Programme, die in der Lage sind, eine Konversation mit Menschen zu führen, Neudeutsch: zu chatten. Die Bot-Grundidee basiert auf der von den Internetkonzernen millionenfach registrierten Beobachtung, dass Chats zu den wichtigsten Beschäftigungen von Smartphone-Nutzern gehören. Um dieses kommunikative Standardparadigma monetär auszubeuten, entwickelte man die Idee. Dass ein Gespräch mit einer Computerstimme durchaus verführerischer sein könnte, liegt auf jener virtuellen Hand, die die Zukunft fest umklammert. Web-Obernerd Chris Messina, unter anderem Erfinder des Hashtags bei Twitter, rief denn auch in vorauseilendem Gehorsam 2016 zum Jahr des „conversational commerce“ aus. Da nimmt es nicht Wunder, dass sich vor allem Zuckerbergs Facebook-Zauberlehrlinge befleißigen, die Märkte der Zukunft zu eruieren, um sie schlussendlich zu dominieren. Zwar verkündete Mark Zuckerberg noch 2014 im Zusammenhang mit dem WhatsApp-Kauf ungewohnt zurückhaltend: „Ich glaube nicht, dass Werbung die richtige Methode ist, Messaging zu monetarisieren“, aber was macht man, wenn Apple und Google uneinholbar die Welt der Apps beherrschen? Man macht die Konkurrenz entweder überflüssig oder manövriert sie in den Hintergrund. Immerhin, unabhängig von Zuckerbergs Beschwichtigungen, hatte Facebook schon vor längerer Zeit angekündigt, dass sein Kurzmitteilungsdienst Messenger mit inzwischen rund 900 Millionen Nutzern vor allem geschäftlichen Kommunikationszwecken dienen soll.

Am Dienstag war es soweit. Das weltgrößte Online-Netzwerk betonte auf seiner Entwicklerkonferenz F8 in San Francisco die künftige Verwendung von Chatbots. Ein kleiner Schritt für einen Konzern, ein großer für die Menschheit. Der Erfolg mit künstlicher Intelligenz wird für die Zukunft der menschlichen Kommunikation entscheidend sein. Gelingt den Netzwerken die Neudefinition menschlicher Interaktion mit dem PC, wird die Kommunikation noch einmal eine Wendung erfahren. Die schon durch die restringierten SMS-Codes rudimentär gewordene Sprache wird noch einmal rudimentärer – und: ein nachhaltiger Beweis für menschliche Einsamkeit. Wer demnächst ein Paar Schuhe oder einen Satz Geschirrhandtücher bei einem Facebook-Anbieter kaufen will, kann eine Konversation mit dem mobilen Verkaufs-startup „Spring“ führen. Spring erfragt Anbieter, Qualität und Preise und wählt nach dem Gusto des Fragers die verschiedenen Angebote aus. Zuckerbergs Konzern mutiert so zur verbindenden Plattform zwischen Nutzern und Unternehmen sowie Dienstleistern. Wohl eher im fröhlichen Lob auf die Technik, denn als Sprachkritiker verstand sich „Spring“-CEO Alan Tisch, als er leichterdings verkündete, dieses neue Einkaufserlebnis sei wie das Gespräch mit einem Freund, dessen „Geschmack man beim Einkauf immer vertraut“.



Etwas unheimlich wirkt dieser sprechende Roboter RoboThespian. Noch unheimlicher wird es für die, die sich bald bei Facebook mit Bots (Robotern) unterhalten; die virtuellen Gesellen sind dann nicht mehr sichtbar, vielleicht auch nicht mehr bemerkbar. Foto: dpa

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Auch Microsoft arbeitet mit Hochdruck an Software-Robotern. Der Angriff auf breiter Front hat einen Grund, laut Konzernangaben arbeiten 270 Millionen Menschen mit Windows 10, aber die wenigsten nutzen es auf ihrem Smartphone oder Tablet. Doch dass es in einer Konsumgesellschaft vor allem darauf ankommt, zu kaufen und verkaufen, weiß auch Microsoft-Boss Satya Nadella: „Diese Technologie ist unausweichlich“. Deshalb sollen die neuen Bots Abhilfe schaffen. Doch der Windows-Konzern musste schmerzlich die Gefahren der selbstlernenden Konversations-Software kennenlernen. Microsoft-Chatbot „Tay“ sollte per lockerer Kommunikation Twitter-Nutzern die neue Technik näherbringen. Doch üble Internet-Chatter besaßen die Bosheit, innerhalb nur weniger Stunden der Menschmaschine „Tay“ rassistische Floskeln beizubiegen. „Tay“ wurde daraufhin vom Netz genommen, ein Großteil der Tweets gelöscht.

Eine Auslöschung diverser Jobs ist auch auf dem Arbeitsmarkt absehbar. Yolanda Gil von der Southern California Universität, Los Angeles, behauptet zwar kühn, „Menschliche Arbeitsplätze können nicht komplett von Chatbots übernommen werden, vielleicht kommt es zu einer Zusammenarbeit“, aber eine Job-Garantie wird auch sie den als sogenanntes Humankapital erfassten Echtmenschen nicht geben können.

Offensichtlich ist es nur eine Frage weniger Jahre, bis der Roboterdialog ebenso natürlich ist wie Geschmacksverstärker in Lebensmitteln. China ist in der Entwicklung von Messenger-Diensten schon heute weit vorn. Mit der China-Chat-App „WeChat“ können Nutzer bereits jetzt mehr tun, als Nachrichten verschicken, und Microsofts chinesischer Chatbot „Xiaoice“ soll derart populär sein, dass manche Teenager angeblich stundenlang mit ihm plaudern. Überhaupt ist „Xiaoice“ wie ein „großer Bruder“, die babbelnde Menschmaschine spricht nicht nur Fachchinesisch, sondern merkt sich alle Informationen über seine Gesprächspartner. Yongdong Wang, Leiter der Microsoft-Abteilung, die „Xiaoice“ getunt hat, gibt preis, im Februar 2016 habe Xiaoice zehn Milliarden Gespräche hinter sich gebracht. Nach so vielen Schwätzchen muss es alsbald an die Monetarisierung gehen, schließlich ist Wissen Macht. Huxleys dsytopisches Manifest „Schöne neue Welt“ ist wieder ein Stück näher an unseren Alltag gerückt. IT-Sicherheitsexperten sehen zudem noch ganz andere Probleme. Der Chatbot-Dialog biete großes Potenzial für Online-Kriminelle. Wenn heute bei Spam-Mails die Account zumüllen, könnte sich da nicht auch manch falscher Klang im Chatbot-Chor erheben? Schließlich geht es ums Kaufen und Verkaufen. Es gab Zeiten, da stellten lästige Werber den Fuß in die Haustür. Wer hätte damals gedacht, dass man dies irgendwann einmal als eine wunderbare menschliche Geste empfinden würde. Der Kraftwerk-Song enthält eine Zeile „Ja tvoi sluga (ich bin dein Sklave)“. Wären wir nicht längst Sklaven der Technik, liefen wir Gefahr, es zu werden.

Junger Wolfsmensch im indischen Dschungel

Die Handlung weist wenige Änderungen gegenüber dem Zeichentrickfilm auf – Aber die atemberaubende Technik macht aus „The Jungle Book” ein Erlebnis **VON JOSÉ GARCÍA**

„Probiere’s mal mit Gemütlichkeit ..:“ Wer kennt nicht den Song mit der eingängigen Melodie aus dem Zeichentrickfilm „Das Dschungelbuch“ (Wolfgang Reitherman, 1967)? Obwohl sich die Handlung von Reithermans Zeichentrickfilm eher als eine Zusammenstellung von Motiven aus Rudyard Kiplings „Das Dschungelbuch“ („The Jungle Book“, 1894) denn als eine Verfilmung von Kiplings Buch ausnahm, hat das Disney-Werk das „Dschungelbuch“-Bild von Generationen geprägt: Nach verschiedenen Wiederaufführungen haben ihn allein in Deutschland mehr als 27 Millionen Zuschauer im Kino gesehen. Deshalb ist es nur allzu verständlich, dass sich das Disney-Studio und Regisseur Jon Favreau bei der Handlung des nun startenden „The Jungle Book“ insbesondere an den Zeichentrickfilm und nicht an die früheren Realverfilmungen von Zoltan Korda aus dem Jahre 1942 oder von Stephen Sommers von 1994 anlehnen.

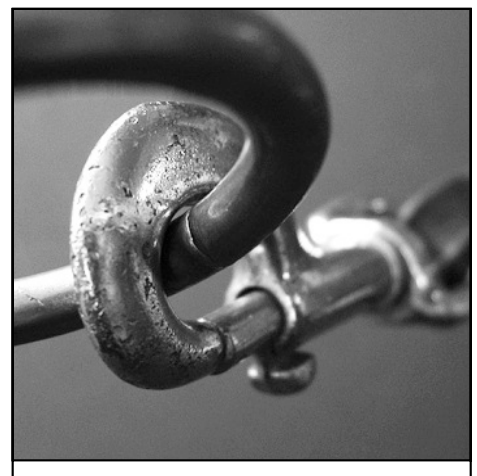
Die Handlung dürfte bekannt sein: Der Menschenjunge Mogli (Neel Sethi) wächst bei einem Wolfsrudel im Dschungel auf, zu dem ihn als kleines Baby Panther Baghira (deutsche Stimme: Joachim Król) brachte. Seine Adoptivmutter Raksha (Heike Makatsch) ist besonders stolz auf Mogli. Unter dem strengen Regiment von Alphawolf Akela (Justus von Dohnányi) lebt der etwa 11-Jährige gerne besonders mit den kleinen Welpen zusammen – die gleichaltrigen Wölfe sind viel schneller gewachsen als er. Fürs Ende einer Trockenperiode, während der unter allen Tieren eine Friedenspause gilt, kündigt der König des (indischen) Dschungels, der Tiger Shir Khan (Ben Becker) an, Mogli zu töten. Die furchteinflößende Raubkatze machte einmal Bekanntschaft mit der „roten Blume“ der Menschen. Seit er vom Feuer entstellt wurde, macht Shir Khan Jagd auf jeden Menschen. Um die drohende Gefahr vom Wolfsrudel abzuwenden, will Baghira Mogli zu einer Menschensiedlung bringen. Nach einer kurzen, aber durchaus lebensbedrohlichen Begegnung mit der hypnotisierenden Schlange Kaa (Jessica Schwarz) trifft Mogli auf den gemütlichen Bären Balu (Armin Rohde). Bevor aber der dickleibige Fellträger den Jungen in sein Herz schließt, muss dieser für Balu in schwindelerregender Höhe Honig besorgen. Und dann wird Mogli auch noch vom Affenkönig Louie (Christian Berkel) entführt, der ihm das Geheimnis der „roten Blume“ entlocken möchte.

Auf der Suche nach einer Menschensiedlung lernt Mogli (Neel Sethi) Honigliebhaber Balu (deutsche Stimme: Armin Rohde) kennen. Die Computertechnik ermöglicht es, dass der Animations- wie ein Realfilm aussieht. Foto: Disney

Was sich auf dem Papier wie eine Neuauflage des berühmten Zeichentrickmusicals von 1967 liest, erweist sich dank der Technik als atemberaubender Film. Bereits die erste Szene, nachdem das gezeichnete Titelbild in Realbilder übergeht, zeigt atemlose Action in einer Welt, die sich wirklich real anfühlt – so ähnlich wie die digital entstandene Welt von „Avatar – Aufbruch nach Pandora“ (James Cameron, 2009). Kein Wunder, denn Animationsleiter von „The Jungle Book“ ist Andrew R. Jones, der für die Spezialeffekte bei „Avatar“ verantwortlich zeichnete und auch einen Oscar gewann. Seit den „Planet der Affen“-Filmen „Prevolution“ (2011) und „Revolution“ (2012) sowie „Life of Pi – Schiffbruch mit Tiger“ (Ang Lee, 2012) haben die für die Animation von Tieren zuständigen Spezialisten eine Perfektion erreicht, die Tiere täuschend echt erscheinen lässt. So auch in „The Jungle Book“: Der Zuschauer hat immer den Eindruck, einen Real- und keinen Animationsfilm zu sehen. Dabei ist der zwölfjährige Neel Sethi als Mogli der einzige reale Schauspieler in Jon Favreaus Film. Und kaum zu glauben: Auch die gesamte Dschungel-Umgebung entstand in CGI (Computer Generated Imaging)-Verfahren.

Durch diesen erhöhten Realismus gegenüber Reithermans Zeichentrickfilm fällt die Stimmung in Favreaus „The Jungle Book“ deutlich düsterer aus. Nicht nur Tiger Shir Khan und Pythonschlange Kaa, sondern auch der vier Meter große Orang-Utan König Louie und überhaupt der Affentempel wirken sehr bedrohlich. Dies könnte auch eine Diskussion um die Altersfreigabe des Filmes entfachen. So löste 1993 die FSK-Entscheidung für eine Freigabe von „Jurassic Park“ ab 12 Jahren einen wochenlangen Streit in den deutschen Medien aus. Das Problem liegt einfach darin, dass die Abstufung zwischen FSK-6- und FSK-12-Film zu groß erscheint: Sechsjährige könnten die teilweise finster-bedrohliche Anmutung und die Action mit schnellen Schnitten von „The Jungle Book“ überfordern. Aber deshalb schon den Film erst ab 12 Jahren freigeben? Das richtige Maß liegt sicherlich eher dazwischen – was aber im „FSK-System“ nicht vorgesehen ist.

Die episodenhafte Struktur von „The Jungle Book“ lässt wenigen Charakteren Raum zur Entfaltung. In Erinnerung bleiben deshalb die Figuren, die auch eine besonders einprägsame deutsche Synchronstimme besitzen, so Joachim Król als Baghira, Ben Becker als Shir Khan, vor allem jedoch Armin Rhode als Balu. Filmmusik-Komponist John Debney zitiert einige der bekannten Melodien des Zeichentrickmusicals oder er baut sie ganz in den Soundtrack ein, was natürlich eine gewisse Nostalgie erzeugt. Gegenüber dem „Dschungelbuch“ von 1967 betont Favreaus Film die Bedeutung der Aufopferung für die (Adoptiv-) Familie: Mogli verzichtet auf seinen Platz im Wolfsrudel, um die Adoptiv-Artgenossen nicht zu gefährden. Durch „The Jungle Book“ zieht sich auch noch ein weiterer Aspekt: Darf Mogli „menschliche Tricks“ anwenden, wenn es ums Überleben geht? Oder muss er sein ganzes Menschsein aufgeben, wenn er ein vollwertiges Mitglied der Wolfsfamilie werden möchte? Ist es möglich, das Beste aus beiden Welten beizubehalten? Diese Fragen können in von Migration geprägten Zeiten auch als Metapher aufgefasst werden.



Fest verankert

Fester Halt in einer Zeit steten gesellschaftlichen Wandels und Werteverlustes:
Die Tagespost bietet eine Plattform des Glaubens, ist Ankerpunkt und bietet Orientierung. Die Tagespost vertieft wichtige Themen, die anderswo nur am Rande vorkommen, für Christen aber von Bedeutung sind.

Testen Sie die Tagespost als kostenlose Leseprobe für 2 Wochen – völlig unverbindlich.

Bitte rufen Sie an oder senden Sie den Coupon ein.
Service-Hotline: 09 31/3 08 63-32

Die Tagespost
KATHOLISCHE ZEITUNG FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR
Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH
Dominikanerplatz 8 · D–97070 Würzburg
Tel. 09 31/3 08 63-0 · Fax 09 31/3 08 63-33
www.die-tagespost.de · info@die-tagespost.de

Ich möchte die Tagespost kennen lernen!
Bitte senden Sie mir die Zeitung für 2 Wochen kostenlos zu. Mein Wunschtermin für den Start der unverbindlichen Leseprobe:

Tag | Monat | Jahr | Anz_DT
Name, Vorname
Straße
PLZ, Ort

Zum Nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Amoris laetitia"

Spagat zwischen Lehre und Praxis

Einerseits bekennt sich Papst Franziskus in seinem Nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Amoris laetitia" zur überlieferten kirchlichen Ehelehre, andererseits warnt er davor, eben dieser Lehre bei der Bewertung der „sogenannten ‚irregulären' Situationen" allzu große Bedeutung beizumessen. Wie ein roter Faden durchzieht diese Warnung das 8. Kapitel, das mit „Die Zerbrechlichkeit begleiten, unterscheiden und eingliedern" überschrieben ist.

So wird wiederholt (Nr. 296, 298, 300, 304, 305) der Eindruck erweckt, die „sogenannten ‚irregulären' Situationen" seien so einmalig und so komplex, dass sie nur schwer einer allgemeinen sittlichen Norm unterstellt werden könnten. Besonders irritiert in diesem Zusammenhang ein Zitat aus einem Dokument der Internationalen Theologischen Kommission aus dem Jahr 2009, das eine gefährliche Nähe zur Situationsethik, einer Spielart des ethischen Relativismus, aufweist. Es findet sich in Nr. 305 und lautet: „Das natürliche Sittengesetz sollte also nicht vorgestellt werden als eine schon bestehende Gesamtheit aus Regeln, die sich a priori dem sittlichen Subjekt auferlegen, sondern es ist eine objektive Inspirationsquelle für sein höchst personales Vorgehen der Entscheidungsfindung."

Der Versuch, Lehre und Praxis auf diese Weise gegeneinander abzugrenzen, führt letztlich zu einer Spaltung zwischen zwei Ebenen der Sittlichkeit, einer Grundoption auf der einen und den konkreten Verhaltensweisen auf der anderen Seite. Diese Dissoziierung hat Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Veritatis splendor" vom 6. August 1993 zurückgewiesen. Dort heißt es in Nr. 67: „In Wirklichkeit ist die sittliche Qualität der menschlichen Handlungen nicht allein aus der Absicht, der Grundorientierung oder Grundoption abzuleiten – verstanden im Sinne einer Intention ohne klar bestimmte bindende Inhalte bzw. einer Intention, der kein tatkräftiges Bemühen hinsichtlich der verschiedenen Verpflichtungen des sittlichen Lebens entspricht. Die Sittlichkeit kann nicht beurteilt werden, wenn man absieht von der Übereinstimmung bzw. dem Widerspruch der bedachten Wahl einer konkreten Verhaltensweise mit der Würde und der integralen Berufung der menschlichen Person."

Christoph Blath,
56203 Höhr-Grenzhausen

Zur Glosse über eine sensationelle Konversion im Großen

Wenn es nur wirklich wäre

Oh! Wie schön wäre es, wenn es keine Zeitungsente wäre, dass „führende Vertreter des Protestantismus" aus Anlass der 500-jährigen Wiederkehr der „Reformation" durch Martin Luther Buße tun und in die katholische – die allumfassende – Kirche zurückkommen wollen!

Wie eindrucksvoll könnte das Zeugnis der Gemeinsamkeit der Glieder des geheimnisvollen Leibes Jesu Christi sein, der die einige Kirche ist! Wie gut täte die gegenseitig in Zuneigung und Respekt erfolgende Umarmung! Wie heilsam wäre die im Jahr der Barmherzigkeit mögliche Verzeihung der vielen Sünden der Vergangenheit und Gegenwart am Geschenk des Lebens durch den gemeinsamen Herrn, unseren Schöpfer für die zerstrittene Kirche.

Und: Bei Gott ist ja alles möglich. Warum auch sollte Einsicht und Rückkehr unmöglich sein? Beten wir also darum, dass die Eingebungen des Heiligen Geistes auch am 1. April zu etwas Gutem führen!

Wilderich Freiherr von Ketteler,
48163 Münster

Kein Ding ist unmöglich

Die Glosse von Stefan Meetschen „Aufnahme in die Kirche 2017" soll ein Aprilscherz sein (DT vom 2. April). Ich aber stelle sie mir als Tatsache vor. Nur der Heilige Geist kann die Einheit zwischen der katholischen Kirche und Mitgliedern verschiedener evangelischer Gemeinschaften wieder herstellen.

Ich persönlich habe es ja in vielen Jahren in der Charismatischen Erneuerung (CE) im Kleinen erlebt. Heribert Mühlen, Dogmatikprofessor in Paderborn, der die CE aus Amerika „mitbrachte", hat uns gesagt: „Die meisten Priester- und Ordensberufungen und die meisten Konversionen kommen aus der CE." So war es. In unseren „Leben-im-Geist"-Seminaren erlebten wir, dass junge Menschen am Ende dieser Tage sagten, dass ihnen klar geworden sei, dass sie Ordensfrau, Ordensmann oder Priester werden sollten. Ebenso war es mit der Konversion. Das alles erlebten wir mit großem Erstaunen und voller Freude. Warum soll diese Konversion im Kleinen nicht auch im Großen passieren? Bei Gott ist kein Ding unmöglich.

Was Stefan Meetschen in seiner Vorstellung vor sich sah, wurde ihm vom Heiligen Geist geschenkt. Sein vorgeschlagener Bußritus ist auf jeden Fall richtig, denn jeder neue Lebensabschnitt beginnt mit einer Besinnung. Wenn alle Leser der „Tagespost" mit einem Bußritus beginnen würden (in Deutschland, Österreich, Schweiz), so wäre ein starker Anfang gemacht. Gewiss werden es viele belächeln, doch wenn wir an den Beginn der katholischen Kirche denken, so waren es auch nur zwölf Jünger, mit denen Jesus begann. Möge also aus der Glosse etwas entstehen, das ernst gemeint und ersehnt ist – die Einheit aller Christen.

Henny Pütt,
33098 Paderborn

Flüchtlinge aus Afrika

Lauft nicht davon!

Geschlossene Grenzen oder offen für alle oder Jesus Christus? „Ich bin der gute Hirt. Der gute Hirt gibt sein Leben für die Schafe. Der bezahlte Knecht aber, der nicht Hirt ist und dem die Schafe nicht gehören, lässt die Schafe im Stich und flieht, wenn er den Wolf kommen sieht; und der Wolf reißt und jagt sie auseinander. Er flieht, weil er nur ein bezahlter Knecht ist und ihm an den Schafen nichts liegt ..." (Joh 10, 11–17).

Dies ist der Rat, den Jesus allen Menschen, auch den Afrikanern gibt: „Lauft nicht davon! Überlasst eure Heimat nicht den reißenden Wölfen! Riskiert euer Leben nicht auf der Flucht nach Europa, sondern für die Rettung Afrikas, eurer Heimat!" Als Vorbild nenne ich Gandhi und Mutter Teresa von Kalkutta, Mandela von Südafrika und Martin Luther King von Amerika. Passiver Widerstand ohne Waffen.

Karl Schmidt,
91171 Greding

Syrien: Hilfe für Christen in Damaskus benötigt

Solidarität zeigen

Sehr gefreut haben wir uns, dass Erzbischof Schick und Kardinal Schönborn auf die Not der Christen in den Kriegsgebieten aufmerksam gemacht haben (DT vom 31. März). Der Bamberger Erzbischof forderte nach seinem Solidaritätsbesuch in Damaskus mehr Solidarität mit den Christen in Syrien und in der gesamten Region. Seinem Appell sollte Gehör geschenkt werden, vor allem im Jahr der Barmherzigkeit: „Der Nahe Osten darf nicht zur christenfreien Zone werden."

Uns erreichte über Schwester Birgit Baier FMA und die Missionsprokur der Don Bosco Schwestern ein Hilferuf aus Damaskus. Schwester Anna Maria Scarzello FMA, die Oberin des Italienischen Krankenhauses in Damaskus schrieb, dass beide Sterilisatoren in die Jahre gekommen und altersschwach und nur sehr notdürftig repariert seien. Da sehr viel Operationsbesteck sterilisiert werden müsse, müsste der OP-Betrieb eingestellt werden. Zurzeit werden wohl keine Geräte aus dem Ausland ins Land gelassen. Tagtäglich werden Verwundete eingeliefert. Zusätzlich fehlt ein Röntgengerät, das man direkt bei und während einer Operation einsetzen kann. Die Preise steigen inflationär, einige Mitarbeiter im Krankenhaus verloren Hab und Gut, viele verloren Angehörige und Freunde. Oft wissen die Angestellten nicht, wie sie zur Arbeit kommen sollen, da die öffentlichen Verkehrsmittel so teuer geworden sind, wenn sie überhaupt fahren. Strom steht oft nur stundenweise zur Verfügung. Der Treibstoff für die Dieselgeneratoren ist teuer, es fehlen Medikamente, Verbandsmaterial, Spritzen, Infusionen, Schmerzmittel, OP-Besteck; die Liste ist lang. Seit 1913 sind die Don Bosco Schwestern in Damaskus und das Krankenhaus hat einen hervorragenden Ruf in Syrien. Selbstverständlich werden in dem Krankenhaus alle Patienten betreut, unabhängig von ihrem Glauben, dem sie angehören. Schwester Anna Maria Scarzello wurde 2015 im Piemont zur Frau des Jahres gekürt.

Dr. med. Michael und Angela Jacobi,
88212 Ravensburg

Zum Parteiprogramm der AfD

Unterschiede beachten

Vielen Dank für die Zeilen von Frau Hiller in der „Tagespost" vom 5. März. Es wird bei Bischöfen und in katholischen Medien kaum darauf hingewiesen, dass die meisten im Bundestag vertretenen Parteien die Abtreibung und die Homo-„Ehe" begünstigen. Übrigens ist es ein Unterschied, ob ich ein Ausländerfeind bin, oder ob ich einen Teil der Moslems fürchte, wegen der Scharia und Attentaten. Das gilt auch für Deutsche, die zum Islam neigen.

Bernhard Thiel, Pfr. em., 26316 Varel

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen behalten wir uns vor. Die Redaktion

BESTELLCOUPON

Der neue Abonnent:

Ja, ich bestelle für mindestens 12 Monate ab _____ die jeweils dienstags, donnerstags und samstags erscheinende überregionale katholische Zeitung „Die Tagespost". Nach Ablauf des ersten Bezugsjahres kann das Abonnement mit einer Frist von vier Wochen zum Ende des berechneten Zeitraums gekündigt werden.

Ich zahle bei Zustellung **im Inland** (Deutschland):
☐ 19,40 € monatlich ☐ 56,55 € vierteljährlich ☐ 111,– € halbjährlich
☐ 217,20 € jährlich

Ich zahle bei Zustellung **im Ausland** (Preise für Luftpostzustellung teilen wir auf Wunsch gerne mit):
☐ 20,50 € monatlich ☐ 59,70 € vierteljährlich ☐ 116,70 € halbjährlich
☐ 230,40 € jährlich

Vorname, Name
Straße
PLZ, Wohnort
Geburtsdatum | Telefonnummer (für Rückfragen)
Ort, Datum | Unterschrift

Vertrauensgarantie:
Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung an: Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH, Postfach 5460, D-97004 Würzburg oder info@die-tagespost.de.
Mit meiner zweiten Unterschrift bestätige ich, dass ich von meinem Widerrufsrecht Kenntnis genommen habe:

Ort, Datum | Unterschrift

Der Vermittler der Neubestellung:

Ich freue mich auf mein Geschenk und wähle:
☐ Prämie A: Füllhalter mit edler Balance-Premiumfeder
☐ Prämie B: Set bestehend aus Füllhalter und Kugelschreiber

Mein bestehendes Abonnement läuft unabhängig davon weiter.

ANZ DT

Vorname, Name
Straße
PLZ, Wohnort, Land

LESER WERBEN LESER

Die Tagespost. Sie zu empfehlen ist eine Sache der Überzeugung.

„Die Tagespost" wünscht sich mehr Leser wie Sie.

Leser, die Informationen, Hintergründe, Analysen und Kommentare aus katholischer Sicht suchen. Aufmerksame Beobachter des Zeitgeschehens, die stets darüber unterrichtet sein wollen, was in Kirche und Welt geschieht. Engagierte Christen, die sich von Moden und Strömungen nicht den Blick dafür nehmen lassen, worum es in Politik, Kirche, Kultur und Gesellschaft eigentlich geht.

Dabei können Sie uns helfen. Wen kennen Sie im Kreise Ihrer Verwandten, Freunde und Berufskollegen, der wie Sie lesen möchte, was anderswo nicht steht? Gewinnen Sie Leser für „Die Tagespost". Das ist auch für Sie ein Gewinn. Denn für jeden Abonnenten, den Sie für uns werben, erhalten Sie als Dankeschön ein Geschenk.

Unser Dankeschön für Sie:

Hochwertige Schreibgeräte der Firma Messmer Pen GmbH. Der Ursprung der 1986 gegründeten Firma geht auf das Jahr 1948 zurück, in dem Alfred Messmer unter dem Markennamen Rambold die ersten deutschen Kugelschreiber und Minen verkaufte. Seither hat sich das Unternehmen Messmer kontinuierlich weiterentwickelt. Im modernen Werk in Emmendingen bei Freiburg entstehen Schreibgeräte, die den höchsten Qualitätsanforderungen gewachsen sind.

Prämie A

Füllhalter mit edler Balance-Premiumfeder (B), einzigartiger Oberfläche „messmer linear shape" und hochwertigem 3-gängigen Gewinde (3/4 bis 1 Umdrehung).

Prämie B

Set bestehend aus Füllhalter mit B-Feder und Iridiumspitze **und einem Kugelschreiber** mit auswechselbarer Soft-Tec-Mine, blau schreibend, 1,0 mm Strichstärke aus hochwertigem, robusten Aluminium und Silikongriffzone

Die Prämienangebote gelten nicht für Eigenbestellungen und Geschenkabonnements sowie für die Vermittlung von Studentenabonnements.

Die Tagespost
Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH
Dominikanerplatz 8 · 97070 Würzburg
Tel. 0931 30863-0 · Fax 0931 30863-53
info@die-tagespost.de · **www.die-tagespost.de**